



Willkommenskultur zwischen Stabilität und Aufbruch

Aktuelle Perspektiven der Bevölkerung
auf Migration und Integration in Deutschland

von Orkan Kösemen und Ulrike Wieland

Willkommenskultur zwischen Stabilität und Aufbruch

Aktuelle Perspektiven der Bevölkerung
auf Migration und Integration in Deutschland

von Orkan Kösemen und Ulrike Wieland

Impressum

© Februar 2022
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich:
Dr. Orkan Kösemen
Dr. Ulrike Wieland

Lektorat:
Heike Herrberg

Gestaltung:
werkzwei Detmold

Druck:
Gieselmann Druck- und Medienhaus, Bielefeld

Bildnachweis:
werkzwei Detmold

DOI 10.11586/2022001

Inhalt

1	Einleitung	
	Willkommenskultur in Deutschland – Aufbruch während des Ausnahmezustands	8
2	Die zentralen Ergebnisse im Überblick	11
3	Wie blickt die Bevölkerung auf Migration und wie nimmt sie die Offenheit gegenüber neu Zugewanderten wahr?	13
3.1	Migrationsskepsis geht zurück: Negative Einschätzungen hinsichtlich der Folgen von Zuwanderung schwächen sich ab, positive Folgen rücken wieder mehr ins Blickfeld	13
3.2	Differenzierung bleibt: Arbeitsmigrant:innen werden weiterhin als eher willkommen wahrgenommen als Geflüchtete	14
3.3	Offenheit wächst: Aufnahmebereitschaft gegenüber Geflüchteten steigt deutlich	16
4	Wie blickt die Bevölkerung auf Integration und wie beurteilt sie den Umgang mit kultureller Vielfalt?	19
4.1	Hindernisse für Integration: Der defizitorientierte Blick auf Migrant:innen geht zurück, die Wahrnehmung struktureller Hürden verfestigt sich	19
4.2	Mit neuen gesetzlichen Regelungen gegen Ungleichbehandlung: Behörden und Wohnungssuche stehen im Fokus	21
4.3	Viel Luft nach oben: Noch immer sieht nur eine Minderheit Migrant:innen in zentralen gesellschaftlichen Bereichen angemessen vertreten	22
4.4	Jahrzehnt ohne Fortschritt: Die Wahrnehmung der Wertschätzung von Leistungen der Zugewanderten in Deutschland hat sich wenig verändert	25
5	Welche Faktoren beeinflussen die Wahrnehmungen und Einschätzungen der Bevölkerung?	26
5.1	Faktor Region: Ost und West blicken unterschiedlich auf Zuwanderung, insbesondere auf Fluchtmigration	26

5.2	Faktor Alter: Junge Menschen sehen stärker die Chancen von Zuwanderung und nehmen eher Chancenungleichheit in der Einwanderungsgesellschaft wahr	29
5.3	Faktor Bildung: Höhere Bildung geht mit einer positiveren Sicht auf Zuwanderung und einer größeren Sensibilität für Diskriminierung einher	30
5.4	Faktor Geschlecht: Frauen und Männer teilen eine ähnliche Sicht auf Zuwanderung, haben aber unterschiedliche Perspektiven auf Integration	33
5.5	Faktor Migrationshintergrund: Migrant:innen blicken positiver auf das Zusammenleben in Vielfalt, sehen die gesellschaftliche Chancenverteilung aber kritischer	34
6	Fazit Arbeitsmigration stärken, humanitäre Verantwortung übernehmen, Zusammenleben in Vielfalt gerecht gestalten	36
	Anhang	40
	Studiendesign	40
	Literatur	41

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1	Einschätzungen zur Zuwanderung – Trend	14
ABBILDUNG 2	Wie werden Eingewanderte und Geflüchtete willkommen geheißen?	15
ABBILDUNG 3	Wie werden Eingewanderte willkommen geheißen? Vergleich 2017 – 2021	15
ABBILDUNG 4	Wie werden Geflüchtete willkommen geheißen? Vergleich 2017 – 2021	16
ABBILDUNG 5	Bevorzugte Wege im Umgang mit Geflüchteten	17
ABBILDUNG 6	Bevorzugte Wege im Umgang mit Geflüchteten: Vergleich 2015 – 2021	18
ABBILDUNG 7	Empfundene Hindernisse für Integration	19
ABBILDUNG 8	Empfundene Hindernisse für Integration: Vergleich 2011 – 2021	20
ABBILDUNG 9	Notwendigkeit neuer Gesetze gegen Benachteiligung	21
ABBILDUNG 10	Notwendigkeit neuer Gesetze gegen Benachteiligung: Vergleich 2012 – 2021	22
ABBILDUNG 11	Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund	23
ABBILDUNG 12	Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund – Trend	24
ABBILDUNG 13	Wertschätzung der Leistung von Zugewanderten: Vergleich 2012 – 2021	25
ABBILDUNG 14	Einschätzungen zur Zuwanderung: Vergleich West-/Ostdeutschland 2012 – 2021	26
ABBILDUNG 15	Wie werden Geflüchtete von der Bevölkerung vor Ort willkommen geheißen? Vergleich West-/Ostdeutschland	27
ABBILDUNG 16	Aufnahme von mehr Geflüchteten aus humanitären Gründen: Vergleich West-/Ostdeutschland	28
ABBILDUNG 17	Einschätzungen zur Zuwanderung: Vergleich Alter	29
ABBILDUNG 18	Einschätzung zur Zuwanderung: Vergleich Bildungsabschlüsse	31
ABBILDUNG 19	Aufnahmebereitschaft gegenüber Geflüchteten: Vergleich Bildungsabschlüsse	32
ABBILDUNG 20	Notwendigkeit neuer Gesetze gegen Benachteiligung: Vergleich Frauen/Männer	33
ABBILDUNG 21	Einschätzungen zur Zuwanderung: Vergleich Migrationshintergrund	35
ABBILDUNG 22	Empfundene Hindernisse für Integration: Vergleich Migrationshintergrund	35
	Studiensteckbrief Willkommenskultur 2021	40

1| Einleitung

Willkommenskultur in Deutschland – Aufbruch während des Ausnahmezustands

Seit 2012 führt die Bertelsmann Stiftung die sogenannte Willkommenskulturumfrage durch, und in den vergangenen zehn Jahren hat sich in der Öffentlichkeit nicht nur das Verständnis vom Begriff der Willkommenskultur gewandelt, sondern auch die Sicht auf Migration im Allgemeinen. War damals der Begriff noch auf die Bemühungen Deutschlands gemünzt, ausländische Fachkräfte anzuziehen, stand „Willkommenskultur“ ab 2015 vor allem als Synonym für die Aufnahmebereitschaft gegenüber geflüchteten Menschen. Jetzt, im Jahr 2022, scheint sich ein Kreis zu schließen: Die Eindrücke der „Fluchtkrise“ verblassen immer mehr und die deutsche Öffentlichkeit blickt auf das Thema Migration wieder stärker durch die Brille von Arbeitskraft und gesellschaftlicher Teilhabe.

Unabhängig von der politisch-medialen Akzentuierung basierte die wissenschaftliche Betrachtung der Willkommenskultur von Beginn an auf einer viel umfassenderen Definition dieses Begriffs, die darunter eine Grundhaltung der Offenheit und Akzeptanz gegenüber Migrant:innen auf individueller, institutioneller und gesamtgesellschaftlicher Ebene fasst (Heckmann 2012). Die vorliegende Studie nimmt, wie bereits in den Jahren zuvor, dieses Verständnis als Grundlage und deckt mit einem Set an Fragen zu Wahrnehmungen und Einstellungen dieses breitere Konzept von Willkommenskultur ab, um ein umfassendes Bild der Sicht der Bevölkerung auf Migration und Migrant:innen sowie auf Integration zu zeichnen.

Der Trend, der sich seit 2019 abzeichnet hat – ein Rückgang der Migrationsskepsis –, setzt sich weiter fort, auch wenn kritische Betrachtungen und Ablehnung in der Bevölkerung weiterhin präsent und spürbar sind. Dies bedeutet aber kein Zurück zur alten Normalität von vor der „Fluchtkrise“, sondern ist eher als Aufbruch in eine neue Normalität der Migrationswahrnehmung zu deuten, die sich in ihren Anfängen bereits jetzt abzeichnet. Dafür gibt es verschiedene Gründe, aber zentral dürften die transformative Auswirkung der Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen gesellschaftlichen Beschränkungen sein. Dieser „Ausnahmezustand“ hat zwar im Gegensatz zur „Fluchtkrise“ nicht direkt etwas mit Migration zu tun und betraf (bzw. betrifft) die gesamte Bevölkerung unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Aufenthaltsstatus, doch es bestehen indirekte Auswirkungen: Die wahrgenommene und tatsächliche Einwanderung hat aufgrund der weltweiten Reisebeschränkungen abgenommen, Migration/Integration als gesellschaftliches „Problemthema“ ist in letzter Zeit durch das Aufkommen der sich stetig weiter radikalisierenden „Querdenker“-Bewegung in den Hintergrund gerückt – und in Pandemiezeiten hat sich sehr deutlich gezeigt, dass ohne Migrant:innen weder der Dienstleistungssektor noch der Gesundheitsbereich in Deutschland funktionsfähig ist.

So arbeiten Migrant:innen häufiger in systemrelevanten Berufen und sind einem höheren Corona-Risiko ausgesetzt (Mediendienst 2022). Die Tatsache, dass der deutsche Corona-Impfstoffentwickler BioNTech von zwei Migrant:innen gegründet wurde, und auch die Bilder von leeren Regalen und Schlangen vor Tankstellen aus

Großbritannien, dessen Regierung parallel zur Pandemie den Brexit vollzog und ein hartes Migrationsregime einführte, mögen ebenfalls zur Wiederentdeckung der Vorteile von Migration beigetragen haben. Sogar Migrations skeptiker:innen mussten zur Kenntnis nehmen, dass die deutsche Regierung in Zeiten von Einreisestopps Sondergenehmigungen für ausländische Saisonarbeiter:innen ausstellte, damit die Nahrungsmittelversorgung gewährleistet blieb.

Ein weiterer Trend, der sich in den Umfrageergebnissen verstetigt, ist die Hinwendung der Befragten zu einem stärkeren teilhabe- und chancenorientierten Integrationsverständnis. Dies bedeutet eine langsame, kontinuierliche Neujustierung der Wahrnehmung bezüglich der Bringschuld der Aufnahmegesellschaft im Verhältnis zur Bringschuld der zugewanderten Person: Die Verantwortung der Aufnahmegesellschaft für gelingende Integration rückt stärker ins Blickfeld. Dieses Ergebnis ist auch im Kontext jüngerer Debatten wie etwa um „Black Lives Matter“ oder Identitätspolitik zu sehen, die mehr oder weniger die Öffentlichkeit bewegt und einen Eindruck hinterlassen zu haben scheinen. Bemerkenswert ist das klare politische Anknüpfen der neuen Ampelregierung an diese Entwicklungen. In ihrer offensiven Selbstbeschreibung als Vertreterin eines modernen Einwanderungslandes sucht sie den partizipativen Ansprüchen, die den Forderungen nach einer „Einheit in Vielfalt“ innewohnen, gerecht zu werden. Das Programm der Ampelkoalition markiert einen politischen Aufbruch, der – darauf deuten die Ergebnisse dieser Studie und der Zeitreihenbefragung hin – vorsichtigen gesellschaftlichen Rückenwind findet.

Die bisherigen Umfragen zur Willkommenskultur führte die Kantar GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in den Jahren 2012, 2015, 2017, 2019 und 2021 durch. Der gesellschaftliche und politische Kontext, in dem diese Umfragen erhoben wurden, hat sich gewandelt, was sich in teils veränderten und neuen Fragen niederschlägt:

- Ende 2012, als die Umfrage zur Willkommenskultur zum ersten Mal durchgeführt wurde (Bertelsmann Stiftung 2012a), stand Deutschland noch unter dem Eindruck des geringen Wanderungssaldos der Vorjahre – der 2008 sogar ins Negative gerutscht war – und der demografischen Berechnungen, die eine größere Zuwanderung erwarten ließen: Die Blaue EU-Karte für Hochqualifizierte aus Drittstaaten war eingeführt worden und der Anwerbestopp der 1970er Jahre wurde endgültig verabschiedet. In diesem Kontext entstand der Begriff „Willkommenskultur“ als Indikator für die Offenheit und Attraktivität des Landes für Fachkräfte, die benötigt wurden. Die Umfrage konzentrierte sich auf Migrant:innen allgemein.
- Anfang 2015, als die Umfrage ein zweites Mal durchgeführt wurde (Bertelsmann Stiftung 2015), war der starke Zuzug von Asylsuchenden noch kein Thema, allerdings waren die Asylbewerberzahlen aus den Balkanstaaten bereits seit 2014 stark gestiegen. Die Umfrage fragte weiterhin nach Einstellungen und Wahrnehmungen gegenüber Migrant:innen insgesamt und differenzierte noch nicht nach Eingewanderten aus Gründen der Arbeitsaufnahme oder Bildung und Geflüchteten, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention einen Schutzstatus beantragen.
- Im März 2017 wurde die Umfrage zum dritten Mal durchgeführt (Bertelsmann Stiftung 2017). Das „Rendezvous mit der Globalisierung“, so das mittlerweile berühmte Wort von Wolfgang Schäuble zum starken Zuzug der Geflüchteten und seinen Folgen, bedeuteten einen echten Stresstest für das Land und seine Bevölkerung und beeinflussten die Einstellungen zu Migration insgesamt. Die Umfrage unterschied jetzt bei

der Frage nach der Offenheit zwischen Arbeits- und Bildungsmigrant:innen einerseits und Geflüchteten andererseits und förderte damit differenziertere Einstellungen zutage. In diese Studie flossen zudem Erkenntnisse aus einer früheren Umfrage zu Vielfalt von 2011 ein (Bertelsmann 2012b).

- Anfang 2019, bei der vierten Umfrage (Bertelsmann Stiftung 2019), hatte sich der Kontext erneut verändert. Die deutsche „Integrationsmaschine“ war angesprungen, die Geflüchteten gehörten mittlerweile zum neuen deutschen Alltag und andere Themen beanspruchten eine größere öffentliche Aufmerksamkeit. Um die Entwicklung hierzulande in einem internationalen Kontext interpretieren zu können, wurden einige Punkte als Sondererhebung zeitgleich auch in der kanadischen Bevölkerung abgefragt.
- Ende 2021, bei der fünften Umfrage, blickt die deutsche Gesellschaft auf zwei Jahre Pandemieerfahrung zurück, die als disruptives Ereignis die Sicht auf Migration indirekt mit verändert haben dürfte.

Abschließend noch ein Hinweis zu den hier verwendeten Begriffen: „Einwanderer / Eingewanderte“ und „Arbeitsmigrant:innen“ werden in Abgrenzung zu „Geflüchteten“ bzw. „Flüchtlingen“ verwendet und meinen Personen, die nicht aus humanitären Gründen, sondern zum Zweck der Arbeit oder des Studiums aus dem Ausland nach Deutschland gekommen sind. Die Begriffe „Migrant:innen“ und „Zuwanderer / Zugewanderte“ werden synonym verwendet für alle Personen mit Migrationshintergrund, unabhängig von der Art ihrer Migration, schließen also sowohl „Einwanderer“ / „Eingewanderte“ / „Arbeitsmigrant:innen“ als auch „Geflüchtete“ / „Flüchtlinge“ ein. Laut der Definition des Statistischen Bundesamts hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Entsprechend den Personenbezeichnungen werden auch die Begriffe „Migration“ und „Zuwanderung“ in dieser Studie gleichbedeutend verwendet. Insbesondere in den Abbildungen kommen veraltete oder nicht gegenderte Begriffe (z. B. „Flüchtling“, „Einwanderer“) vor. Das liegt daran, dass wir hier den genauen Wortlaut der Fragen und Antwortoptionen, wie sie in der Zeitreihenbefragung von Beginn an (d.h. seit 2012) verwendet wurden, wiedergeben.

2| Die zentralen Ergebnisse im Überblick

1 Die Migrationskepsis in Deutschland geht weiter zurück

Die nach der „Fluchtkrise“ verstärkte negative Einschätzung bezüglich der Folgen von Zuwanderung haben sich bei der aktuellen Befragung weiter abgeschwächt. Der Trend der letzten Umfrage von 2019 hat sich darin fortgesetzt, dass der Anteil der Befragten, die positive Effekte von Zuwanderung sehen, weiter steigt, und der Anteil derjenigen, die negative Folgen wahrnehmen, sinkt: 68 Prozent der Befragten sind der Ansicht, Zuwanderung bringe Vorteile für die Ansiedlung internationaler Firmen. 65 Prozent der Menschen sehen eine geringere Überalterung dank Zuwanderung, 55 Prozent einen Ausgleich für den Fachkräftemangel und 48 Prozent Mehreinnahmen für die Rentenversicherung. 66 Prozent der Befragten finden außerdem, dass Zuwanderung das Leben in Deutschland interessanter mache. Befürchtungen im Hinblick auf zusätzliche Belastungen für den Sozialstaat bzw. Konflikte zwischen Zugewanderten und Einheimischen gehen im aktuellen Befragungsjahr auf 67 Prozent bzw. 66 Prozent zurück. Der Anteil der Befragten, die Probleme in Schulen erwarten, sinkt ebenfalls auf jetzt 56 Prozent. Die Sorge um Wohnungsnot in Ballungsräumen liegt mit 59 Prozent jedoch noch fast so hoch wie 2019. Diese Ergebnisse stehen für eine stärker chancenorientierte Wahrnehmung von Zuwanderung als in den vorangegangenen Jahren, wengleich eine Grundskepsis weiterhin vorhanden ist.

2 Arbeitsmigrant:innen werden weiterhin eher als willkommen wahrgenommen als Geflüchtete

Menschen, die zum Arbeiten oder Studieren nach Deutschland einwandern, werden nach Einschätzung einer deutlichen Mehrheit der Befragten von den staatlichen Stellen ihrer Kommune (78 %) wie auch von der Bevölkerung bei ihnen vor Ort (71 %) eher oder sogar sehr willkommen geheißen. Die Wahrnehmung einer offenen Haltung gegenüber dieser Gruppe von Migrant:innen erweist sich im Vergleich mit den vergangenen Befragungen als auf hohem Niveau stabil. Geflüchtete werden zwar ebenfalls von einer Mehrheit als willkommen wahrgenommen, doch ist hier der Anteil der Menschen, die das so einschätzen, spürbar geringer (68 % mit Blick auf die staatlichen Stellen und 59 % hinsichtlich der Bevölkerung vor Ort).

3 Die Aufnahmebereitschaft gegenüber Geflüchteten ist gestiegen

Die Aufnahmebereitschaft gegenüber geflüchteten Menschen ist erneut gestiegen und steht nun erstmals wieder an einem ähnlichen Punkt wie vor der „Fluchtkrise“. Nach erhöhten Werten 2017 (54 %) und auch noch 2019 (49 %) sind heute nur noch 36 Prozent der Befragten der Ansicht, Deutschland könne nicht mehr Geflüchtete aufnehmen, weil es an seiner Belastungsgrenze sei. Knapp die Hälfte (48 %) der Befragten findet inzwischen, Deutschland könne und solle mehr Geflüchtete aufnehmen, weil es humanitär geboten sei – gegenüber jeweils nur 37 Prozent in den Jahren 2017 und 2019.

4 Ungleichbehandlung wird als zentrales Hindernis für Integration betrachtet

Wie in den vorherigen Umfragen wird Integration auch 2021 von den Befragten als ein gegenseitiger Prozess verstanden: Erwartungen richten sich an die Zugewanderten, aber auch an die Aufnahmegesellschaft. Dabei fällt auf,

dass die Wahrnehmung von Ungleichbehandlung stabil hoch geblieben bzw. sogar noch ein wenig stärker ins Blickfeld gerückt ist: So sehen heute etwas mehr Menschen als noch 2019 mangelnde Chancengleichheit für Zugewanderte auf dem Arbeitsmarkt (66 % versus 63 %) und Diskriminierung aufgrund der Herkunft (62 % vs. 58 %) als größte Hindernisse für Integration. Mangelnde Sprachkenntnisse bleiben zwar weiterhin das bedeutendste Integrationshindernis aus Sicht der Befragten (84 %), doch verliert dieser Aspekt gegenüber 2019 (91 %) an Bedeutung.

5 Befürwortung neuer gesetzlicher Antidiskriminierungsregelungen in Behörden steigt

Passend zu einem offenbar steigenden Bewusstsein für strukturelle Benachteiligungen von Menschen mit Migrationshintergrund steigt auch der Anteil derer, die der Ansicht sind, diese Probleme sollten an zentralen Orten des öffentlichen Raums wie den staatlichen Behörden mithilfe neuer gesetzlicher Regelungen angegangen werden (50 % vs. 44 % in 2019). Zudem bleibt der Anteil der Befragten, die Antidiskriminierungsmaßnahmen im Kontext der Wohnungssuche befürworten, mit 55 Prozent auf recht hohem Niveau gleich. In den Bereichen Schule und Arbeitsplatz sind es immer noch 47 bzw. 42 Prozent (2019: 49 % bzw. 43 %).

6 Befragte sehen Migrant:innen in vielen Bereichen nicht angemessen vertreten

Aus Sicht einer großen Mehrheit besteht in vielen gesellschaftlichen Bereichen Nachholbedarf bei der angemessenen Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund. So finden nur 29 Prozent der Befragten, dass Migrant:innen in Ämtern ausreichend repräsentiert sind. Viele andere Bereiche werden ähnlich bewertet: Polizei (33 %), Politik (36 %), Universitäten (41 %), Schulen (30 %) und Kindergärten (32 %).

7 Junge Menschen betrachten Zuwanderung und Integration anders

Junge Menschen bis 29 Jahre blicken deutlich optimistischer auf Zuwanderung als der Durchschnitt der Befragten. So bewerten sie die möglichen Vorteile von Migration häufiger und die Nachteile seltener als zutreffend. Auch beim Blick auf Integration und ein gleichberechtigtes Zusammenleben in Vielfalt unterscheiden sich die Ansichten der jungen Generation von denen der übrigen Bevölkerung. Sie betrachten Diskriminierung aufgrund von Herkunft und mangelnde Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt häufiger als größte Hindernisse für Integration. Und sie befürworten stärker als die anderen Befragten neue Gesetze zur Bekämpfung von Benachteiligung. Die Ergebnisse der jungen Menschen unterscheiden sich bei fast allen diesen Fragen um zehn bis 15 Prozentpunkte vom Durchschnitt aller Befragten.

8 Menschen mit Migrationshintergrund blicken kritischer auf ihre Situation in der deutschen Einwanderungsgesellschaft

Während die Wahrnehmungen und Einschätzungen von Menschen mit Migrationshintergrund hinsichtlich der Folgen von Zuwanderung und der Haltung von Behörden und Bevölkerung gegenüber Zugewanderten sich in den meisten Punkten nicht nennenswert vom Durchschnitt der Befragten unterscheiden, werden mit Blick auf Integrationshürden und Chancenverteilung Unterschiede deutlich: So sehen von den Migrant:innen deutlich mehr Befragte mangelnde Chancengleichheit (72 %) und Diskriminierung (69 %) als größte Integrationshindernisse. Passend dazu befürworten unter den Migrant:innen mehr Befragte gesetzliche Antidiskriminierungsmaßnahmen in allen Bereichen als im Durchschnitt.

3| Wie blickt die Bevölkerung auf Migration und wie nimmt sie die Offenheit gegenüber neu Zugewanderten wahr?

3.1 | Migrations skepsis geht zurück: Negative Einschätzungen hinsichtlich der Folgen von Zuwanderung schwächen sich ab, positive Folgen rücken wieder mehr ins Blickfeld

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung

Mit Blick auf die angenommenen Folgen von Migration halten sich die Einschätzungen bezüglich positiver und negativer Konsequenzen im Befragungsjahr 2021 die Waage. Viele Befragte betrachten Zuwanderung als eine Chance, die mit der demografischen Entwicklung in Deutschland zusammenhängenden Herausforderungen anzugehen. So sehen 65 Prozent der Menschen eine geringere Überalterung, 55 Prozent einen Ausgleich für den Fachkräftemangel und 48 Prozent Mehreinnahmen für die Rentenversicherung als positive Folgen von Zuwanderung. Zudem sind 68 Prozent der Ansicht, Zuwanderung bringe Vorteile für die Ansiedlung ausländischer Firmen. Dass Zuwanderung das Leben in Deutschland interessanter mache, finden 66 Prozent der Befragten.

Als problematische Folge von Zuwanderung befürchten 67 Prozent der Menschen Belastungen für den Sozialstaat. Konflikte zwischen Einheimischen und Zugewanderten erwarten 66 Prozent. Weiter sorgen sich auch über die Hälfte der Menschen um Probleme

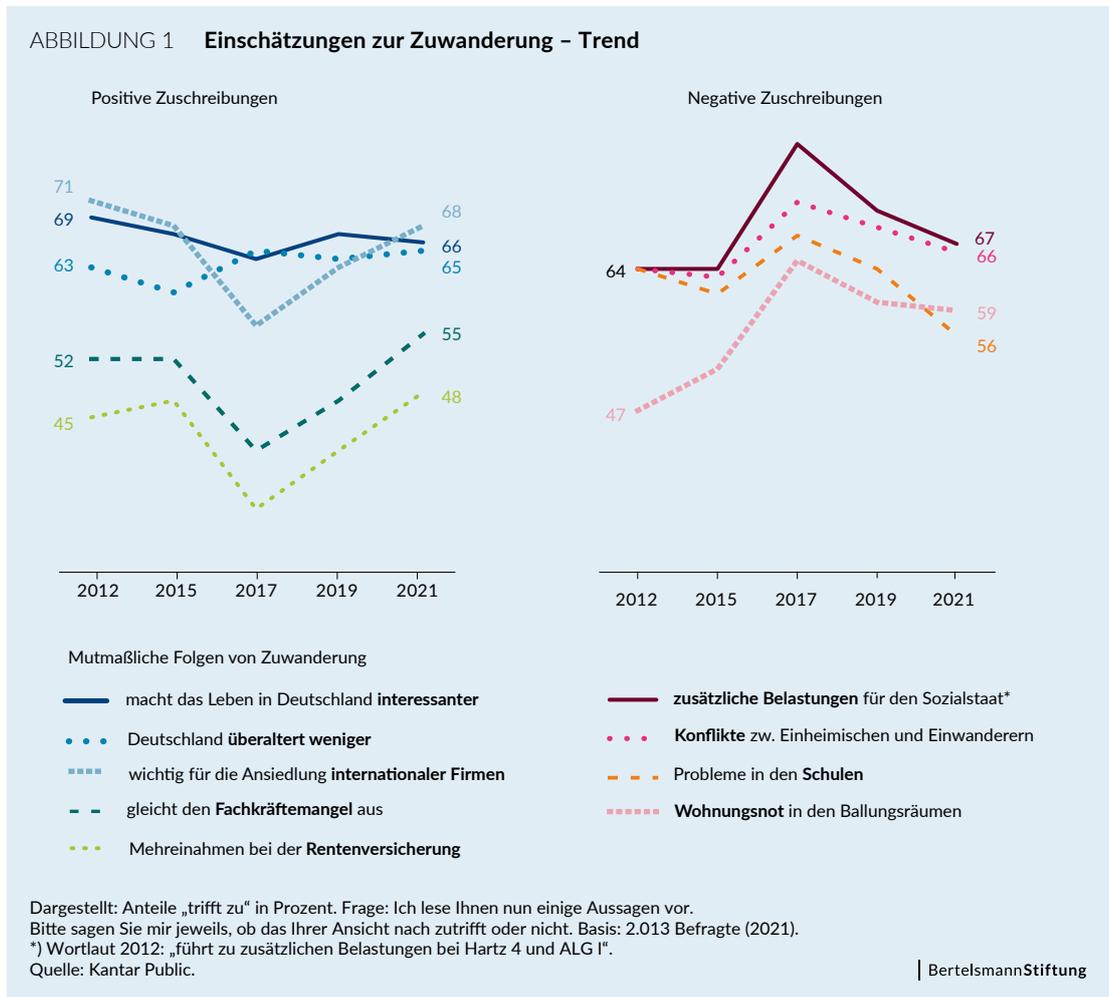
in Schulen (56 %) und um Wohnungsnot in Ballungsräumen (59 %) als Folgen von Zuwanderung.

Die Ergebnisse im Zeitvergleich

Während die Ambivalenz gegenüber Zuwanderung auch im Befragungsjahr 2021 noch deutlich spürbar ist, zeigt sich im Zeitvergleich dennoch, dass die Migrations skepsis in Deutschland tendenziell zurückgeht. Die im Nachgang zur „Fluchtkrise“ verstärkte negative Einschätzungen bezüglich der Folgen von Zuwanderung in der Befragung 2017 haben sich bereits 2019 und nun auch im Jahr 2021 weiter abgeschwächt. Die Werte nähern sich dem Vorkrisenniveau von 2012 bzw. 2015 wieder an. Damals gingen in beiden Befragungsjahren 64 Prozent der Menschen von zusätzlichen Belastungen für den Sozialstaat als negative Folge von Zuwanderung aus; 2017 lag dieser Wert dann deutlich höher bei 79 Prozent (2019: 71 %; 2021: 67 %). 64 Prozent (2012) bzw. 63 Prozent (2015) sahen Konflikte zwischen Einheimischen und Zugewanderten; 2017 waren es 72 Prozent (2019: 69 %; 2021: 66 %). Die Sorge um Probleme in Schulen ist heute sogar deutlich weniger verbreitet als vor der „Fluchtkrise“: Sorgen sich diesbezüglich 2012 noch 64 Prozent der Menschen (2015: 61 %; 2017: 68 %; 2019: 64 %), sind es heute (2021) nur noch 56 Prozent. Die Einschätzung, Zuwanderung führe zu Wohnungsnot in Ballungsräumen, bleibt hingegen seit einigen Jahren auf erhöhtem Niveau relativ stabil: Spielte dieses Thema 2012 noch für weniger als die Hälfte der Menschen eine Rolle (47 %), hat es in den Folgejahren an Bedeutung gewonnen (2015: 52 %; 2017: 65 %; 2019: 60 %; 2021: 59 %).

Spiegelbildlich zur Abschwächung negativer Einschätzungen hinsichtlich der Folgen von Zuwanderung sind die Zustimmungswerte in Bezug auf positive Effekte nach einem (teilweisen) Einbruch 2017 wieder gestie-

ABBILDUNG 1 Einschätzungen zur Zuwanderung – Trend



gen und übertreffen die Werte von vor der „Flucht-
 krise“ in zwei Bereichen sogar leicht. Dass Zuwande-
 rung für den Fachkräftemangel in Deutschland einen
 Ausgleich schaffen könne, meinten 2012 und 2015
 jeweils 52 Prozent der Befragten. 2017 sank dieser
 Wert auf 41 Prozent (2019: 47 %) und 2021 steht
 er bei 55 Prozent. Der Zustimmungswert zu der An-
 nahme, Zuwanderung bringe Mehreinnahmen für die
 Rentenversicherung, entwickelte sich von 45 Prozent
 im Jahr 2012 (2015: 47 %) über nur noch 34 Pro-
 zent 2017 (2019: 41 %) hin zu heute (2021) 48 Pro-
 zent. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei der
 Frage nach Zuwanderung als wichtigem Faktor für
 die Ansiedlung internationaler Firmen. Dem stimm-
 ten 2012 71 Prozent der Befragten zu (2015: 68 %),
 2017 waren es nur noch 56 Prozent (2019: 63 %),
 und heute (2021) liegt der Wert wieder deutlich
 höher bei 68 Prozent. Auf recht hohem Niveau über
 die Jahre stabil geblieben ist die Zustimmung zu der

Annahme, dass Deutschland dank Zuwanderung we-
 niger überaltere: 2012 meinten dies 63 Prozent der
 Menschen, 2015 waren es 60 Prozent, 2017 65 Pro-
 zent, 2019 64 Prozent und 2021 65 Prozent. Ähnlich
 gleichmäßig verhält es sich mit der Zustimmung
 zu der Ansicht, Zuwanderung mache das Leben in
 Deutschland interessanter. Dies fanden 2012 69 Pro-
 zent der Befragten, 2015 waren es 67 Prozent, 2017
 64 Prozent, 2019 67 Prozent und 2021 66 Prozent.

3.2 | Differenzierung bleibt: Arbeitsmigrant:innen werden weiterhin als eher willkommen wahrgenommen als Geflüchtete

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung

Eine klare Mehrheit der Menschen geht davon aus, dass Deutschland – sowohl seitens der staatlichen Stellen als auch vonseiten der Bevölkerung – Zugewanderte willkommen heißt. Etwas differenzierter betrachtet, zeigt sich allerdings, dass mehr Befragte eine entsprechende Haltung gegenüber Arbeitsmigrant:innen als gegenüber Geflüchteten wahrnehmen; und mehr Menschen schreiben den staatlichen Stellen ihrer Kommune eine solche Haltung zu als der Bevölkerung vor Ort: Menschen, die zum Arbeiten oder Studieren nach Deutschland einwandern, wer-

ABBILDUNG 2 Wie werden Eingewanderte und Geflüchtete willkommen geheißen?



Angaben in Prozent. Frage: Wenn Einwanderer nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten oder zu studieren / Wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von den staatlichen Stellen Ihrer Kommune / von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen? Basis: 2.013 Befragte. Quelle: Kantar Public.

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 3 Wie werden Eingewanderte willkommen geheißen? Vergleich 2017 – 2021



Angaben in Prozent. Frage: Wenn Einwanderer nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten oder zu studieren, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von den staatlichen Stellen Ihrer Kommune / von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen? Basis: 2.013 Befragte (2021). Quelle: Kantar Public.

BertelsmannStiftung

den nach Einschätzung einer großen Mehrheit (78 %) der Befragten von den staatlichen Stellen ihrer Kommune eher oder sehr willkommen geheißen; mit Blick auf Geflüchtete meinen dies dagegen „nur“ 68 Prozent, aber somit immerhin auch mehr als zwei Drittel der Befragten.

Ein deutlicherer Unterschied zeigt sich, wenn die Haltung der Bevölkerung vor Ort eingeschätzt werden soll: 71 Prozent der Befragten nehmen wahr, dass die Bevölkerung bei ihnen vor Ort Arbeitsmigrant:innen eher oder sehr willkommen heißt; in Bezug auf Geflüchtete sind es hingegen nur 59 Prozent. Bei diesem Aspekt zeigt sich außerdem eine besonders auffällige Abweichung in Ostdeutschland: Dort meinen nur 42 Prozent der Befragten, die Bevölkerung vor Ort heiße geflüchtete Menschen willkommen (zum Ost-West-Vergleich siehe ausführlicher Kapitel 5.1).

Die Ergebnisse im Zeitvergleich

Die Tendenzen der aktuellen Befragungsergebnisse finden sich auch in früheren Befragungsjahren. Die Wahrnehmung, dass Arbeitsmigrant:innen willkommen geheißen werden, erweist sich als stabil auf hohem Niveau: Die entsprechenden Werte liegen seit 2017 über 70 Prozent – sowohl mit Blick auf die kommunalen staatlichen Stellen als auch die Bevölkerung vor Ort.

Für Geflüchtete gilt Ähnliches nur im Hinblick auf die Wahrnehmung der staatlichen Stellen: Der Anteil der

Befragten, der hier eine willkommen heißende Haltung wahrnimmt, liegt ebenfalls seit 2017 konstant hoch bei um die 70 Prozent. Deutlich kleiner ist dagegen der Anteil derer, die wahrnehmen, dass Geflüchtete von der Bevölkerung vor Ort willkommen geheißen werden: Dieser Wert liegt seit 2017 bei 56 bis 59 Prozent. Der recht ausgeprägte Ost-West-Unterschied bei diesem Aspekt erweist sich als über die Zeit stabil (siehe dazu Kap. 5.1).

3.3 | Offenheit wächst: Aufnahmebereitschaft gegenüber Geflüchteten steigt deutlich

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung

Dass mehr Menschen eine willkommen heißende Haltung gegenüber Arbeitsmigrant:innen wahrnehmen, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Durchschnitt immerhin über die Hälfte (59 %) der Befragten meinen, die Bevölkerung bei ihnen vor Ort heiße auch geflüchtete Menschen eher oder sehr willkommen. Hinsichtlich der staatlichen Stellen ihrer Kommune nehmen sogar gut zwei Drittel (68 %) der Menschen eine entsprechende Haltung zu Geflüchteten wahr. 2021 zeigt sich nun auch eine durchaus

ABBILDUNG 4 Wie werden Geflüchtete willkommen geheißen? Vergleich 2017 – 2021



Angaben in Prozent. Frage: Wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von den staatlichen Stellen Ihrer Kommune / von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen? Basis: 2.013 Befragte (2021).
Quellen: Kantar Pulbic.

ABBILDUNG 5 **Bevorzugte Wege im Umgang mit Geflüchteten**

Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent. Frage: Im letzten Jahr wurde in Deutschland viel über Flüchtlinge diskutiert. Welchen Weg sollte Deutschland Ihrer Meinung nach im Umgang mit Flüchtlingen gehen? Basis: 2.013 Befragte.
Quelle: Kantar Public.

| BertelsmannStiftung

große Aufnahmebereitschaft gegenüber geflüchteten Menschen: Lediglich 37 Prozent aller Befragten sind der Ansicht, Deutschland könne keine Geflüchteten mehr aufnehmen, weil das Land an seiner Belastungsgrenze sei. Dass Deutschland mehr Geflüchtete aufnehmen könne und solle, weil es humanitär geboten sei, meint fast die Hälfte (48 %). Ein Fünftel (20 %) ist der Ansicht, Deutschland solle sich nicht um eine Integration der Geflüchteten bemühen, weil diese Gäste auf Zeit seien.

Darüber hinaus wünscht sich eine große Mehrheit aller Befragten eine aktive Migrationspolitik, die sich EU-weit für eine geordnete Verteilung von Geflüchteten abhängig von der Größe und der Wirtschaftskraft der Länder einsetzt (80 %) und dafür sorgt, dass geflüchtete Menschen in Deutschland rasch arbeiten dürfen (87 %).

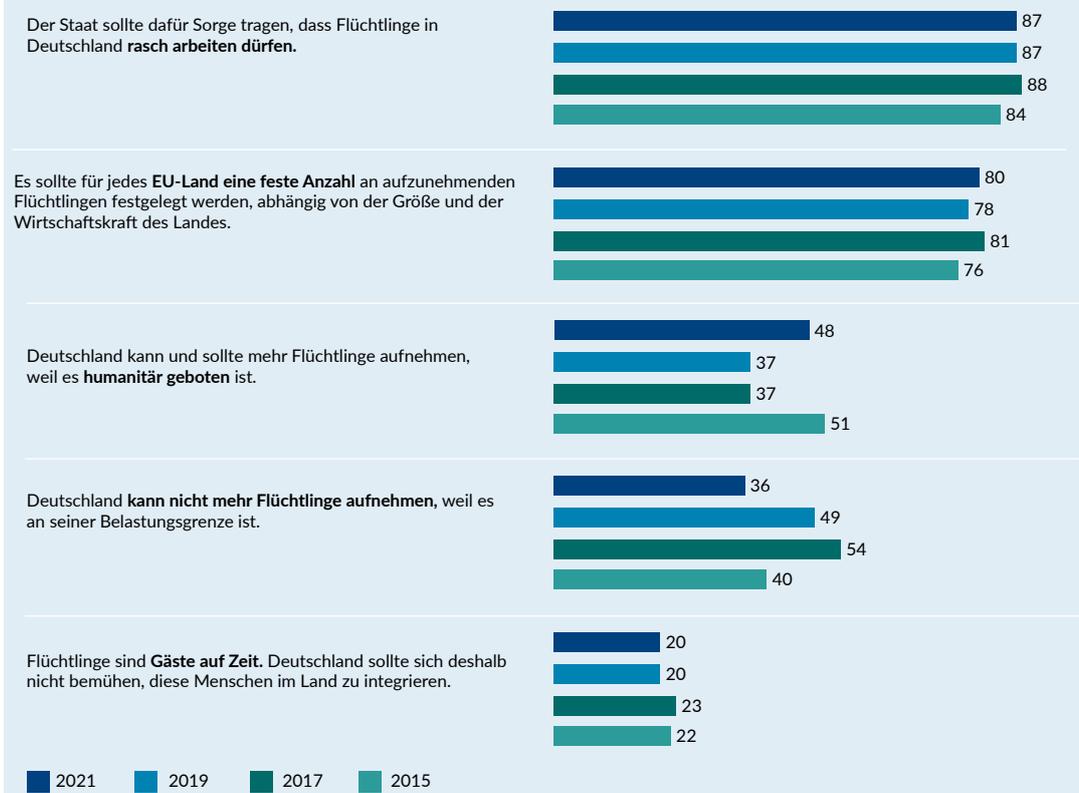
Die Ergebnisse im Zeitvergleich

Die Aufnahmebereitschaft gegenüber Geflüchteten ist im Zeitvergleich gestiegen. Sie steht 2021 erstmals wieder an einem ähnlichen Punkt wie vor der „Fluchtkrise“. Dass heute nur noch 36 Prozent der Befragten meinen, Deutschland sei bezüglich der Aufnahme von Geflüchteten an seiner Belastungsgrenze, ist ein deutlicher Rückgang im Vergleich zu den Werten von 2019 (49 %) und 2017 (54 %). Der aktuelle Wert liegt sogar noch leicht unter dem von 2015 (40 %). Die damalige Befragung fand Mitte

Januar statt, also Monate bevor eine große Zahl Schutzsuchender, vor allem aus Syrien, im Herbst 2015 nach Deutschland kam. Auch bei der Ansicht, Deutschland könne und solle mehr Geflüchtete aufnehmen, weil dies humanitär geboten sei, bewegt sich der heutige Zustimmungswert mit 48 Prozent wieder auf ähnlichem Niveau wie 2015 (51 %) – nachdem er 2017 rapide auf 37 Prozent gesunken war und auch 2019 dort verharrte. Man kann also von einer Entspannung sprechen: Die Aufnahmebereitschaft gegenüber Geflüchteten ist deutlich gestiegen, mehr Menschen hierzulande zeigen sich heute diesbezüglich wieder offener. Gleichwohl sind die eher skeptischen Rückmeldungen in ihrem Umfang ebenfalls nicht unbedeutend: Immerhin rund ein Drittel der Befragten sieht Deutschland an seiner Belastungsgrenze, und etwa die Hälfte teilt nicht die Meinung, Deutschland solle aus humanitären Gründen mehr Geflüchtete aufnehmen.

Die Zustimmung zu einer aktiven Migrationspolitik, die sich EU-weit für eine geordnete Verteilung von Geflüchteten einsetzt und dafür sorgt, dass geflüchtete Menschen in Deutschland rasch arbeiten dürfen, ist im Zeitverlauf auf hohem Niveau stabil geblieben. Die Zustimmungswerte liegen über die Jahre konstant um die 80 Prozent (Verteilung auf EU-Staaten) bzw. deutlich über 80 Prozent (rasche Erlaubnis zum Arbeiten).

ABBILDUNG 6 **Bevorzugte Wege im Umgang mit Geflüchteten: Vergleich 2015 – 2021**



Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent. Frage: Im letzten Jahr wurde in Deutschland viel über Flüchtlinge diskutiert. Welchen Weg sollte Deutschland Ihrer Meinung nach im Umgang mit Flüchtlingen gehen? Basis: 2.013 Befragte (2021).
 Quelle: Kantar Public.

BertelsmannStiftung

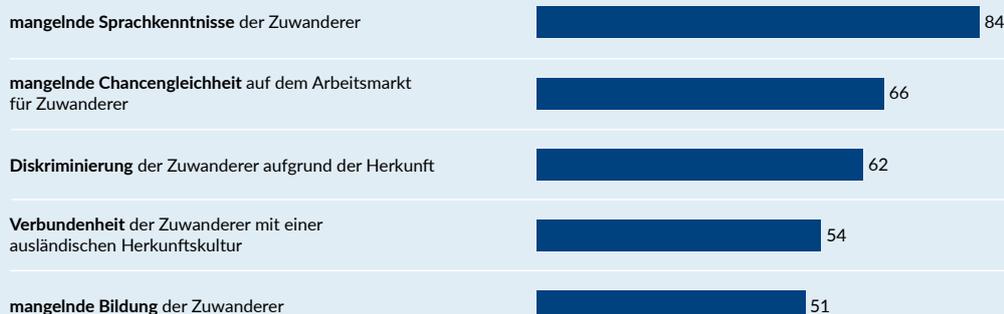
4| Wie blickt die Bevölkerung auf Integration und wie beurteilt sie den Umgang mit kultureller Vielfalt?

4.1 | Hindernisse für Integration: Der defizitorientierte Blick auf Migrant:innen geht zurück, die Wahrnehmung struktureller Hürden verfestigt sich

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung

Bei der Frage nach den Hindernissen für Integration spielt die Beherrschung der deutschen Sprache auch im Jahr 2021 eine sehr große Rolle: 84 Prozent der Befragten sehen mangelnde Sprachkenntnisse bei Zugewanderten als eines der größten Integrationshindernisse. Darauf folgt mit einigem Abstand mangelnde Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt für zugewanderte Menschen: Diese sehen 66 Prozent der Befragten als eines der größten Hindernisse für Integration, dicht gefolgt von Diskriminierung aufgrund der Herkunft (62 %). Die Verbundenheit von Zugewanderten mit ihrer ausländischen Herkunftskultur betrachten 54 Prozent der Befragten als Hürde für Integration, und 51 Prozent sehen in mangelnder Bildung von Zugewanderten eine der größten Herausforderungen.

ABBILDUNG 7 Empfundene Hindernisse für Integration



Mehrfachnennung möglich, Angaben in Prozent. Frage: Wo sehen Sie die größten Hindernisse bei der Integration von Zuwanderern in Deutschland? Basis: 2.013 Befragte.
Quelle: Kantar Public.

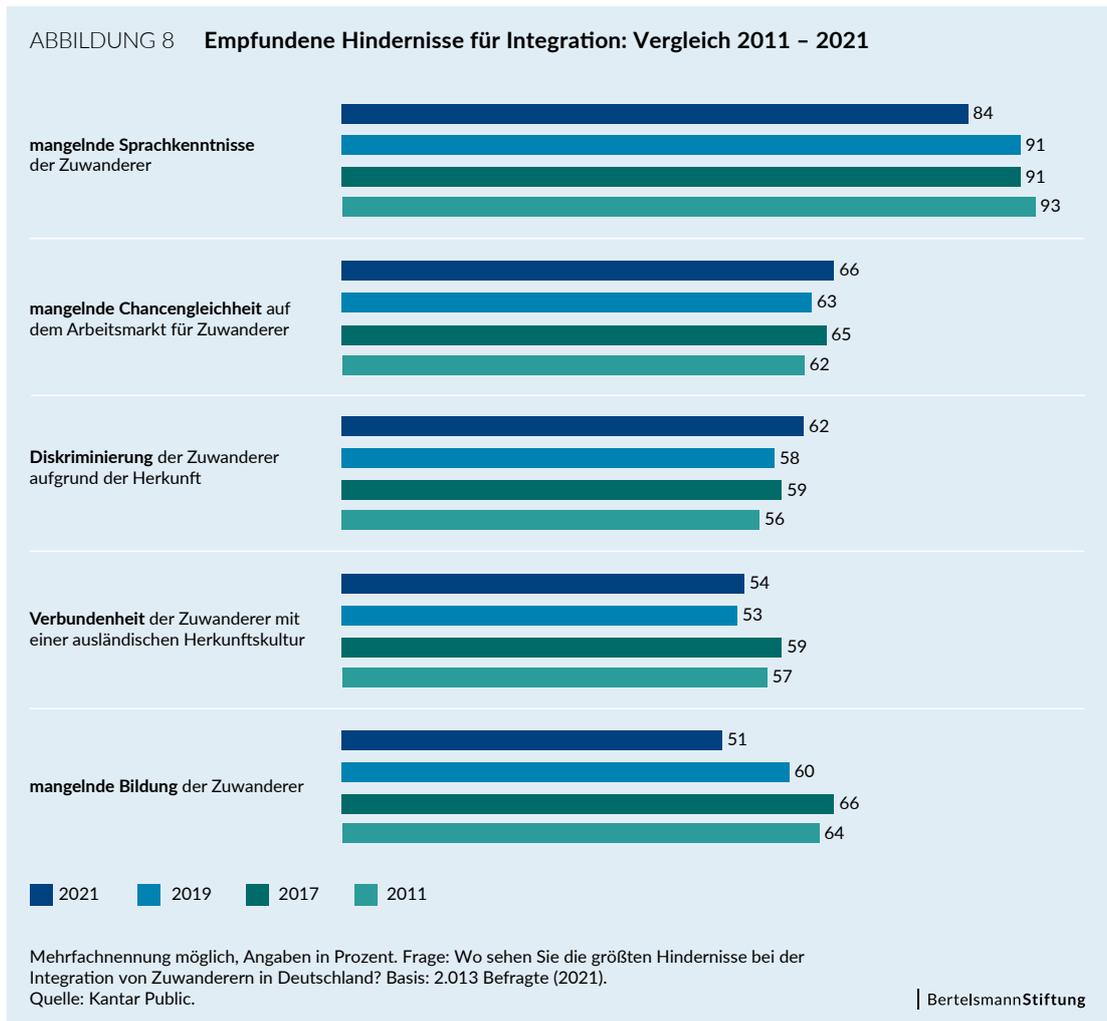
| BertelsmannStiftung

Die Ergebnisse im Zeitvergleich

Integration verstehen die Menschen auch im Befragungsjahr 2021 als einen wechselseitigen Prozess: Erwartungen richten sich an die Zugewanderten, aber auch an die Aufnahmegesellschaft. Dabei zeichnet sich in den vergangenen Jahren ein leichter Trend weg von einem defizitorientierten Blick auf die Zugewanderten ab. So bleiben mangelnde Sprachkenntnisse zwar weiterhin das bedeutendste Integrationshindernis aus Sicht der Befragten (84 %), doch verliert dieser Aspekt gegenüber 2019 und 2017 (je 91 %) an Bedeutung. Ebenso verhält es sich mit der Wahrnehmung von mangelnder Bildung der Zugewanderten als Hindernis für Integration: Hier ist der Zustimmungswert von 66 Prozent im Jahr 2017 über 60 Prozent 2019 auf heute (2021) 51 Prozent gesunken. Im Vergleich zu 2017 ist auch der Anteil der Befragten etwas kleiner geworden, die die Verbun-

denheit zugewanderter Menschen mit einer ausländischen Herkunftskultur als Hindernis für die Integration betrachten. Lag er 2017 noch bei 59 Prozent, waren es 2019 53 Prozent und 2021 54 Prozent.

Zugleich verfestigt sich eine kritische Betrachtung gesellschaftlicher Strukturen. Die Wahrnehmung von strukturellen Hürden für Integration, die in den Praktiken der Aufnahmegesellschaft begründet liegen, ist seit 2017 stabil geblieben bzw. leicht gestiegen. Beim Aspekt der mangelnden Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt liegt der Anteil derer, die dies als Integrationshindernis wahrnehmen, heute (2021) bei 66 Prozent – im Vergleich zu 63 Prozent 2019 und 65 Prozent 2017. Der Zustimmungswert in Bezug auf Diskriminierung aufgrund der Herkunft als Integrationshindernis hat sich von 59 Prozent (2017) bzw. 58 Prozent (2019) auf heute (2021) 62 Prozent leicht erhöht.



4.2 | Mit neuen gesetzlichen Regelungen gegen Ungleichbehandlung: Behörden und Wohnungssuche stehen im Fokus

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung

Alles in allem ist rund die Hälfte der Befragten offen dafür, dass gegen die Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen mit neuen Gesetzen vorgegangen wird. Die Befürwortung neuer gesetzlicher Maßnahmen reicht von 42 Prozent Zustimmung im Hinblick auf Benachteiligungen am Arbeitsplatz über 47 Prozent in Bezug auf die Situation in Schulen bis hin zu 50 Prozent im Zusammenhang mit Behörden und 55 Prozent im Kontext der Wohnungssuche.

Frauen stimmen durchweg eher neuen gesetzlichen Antidiskriminierungsmaßnahmen zu: Von ihnen befürworten 47 Prozent entsprechende Regelungen für den Arbeitsplatz, 51 Prozent für Schulen, 54 Prozent für Behörden und 60 Prozent für die Wohnungssuche. Menschen mit Migrationshintergrund bewegen sich ebenfalls – und in drei von vier Bereichen noch etwas mehr als die weiblichen Befragten – über dem Durchschnitt. Der Anteil der zustimmenden Antworten zu neuen gesetzlichen Regelungen als Stra-

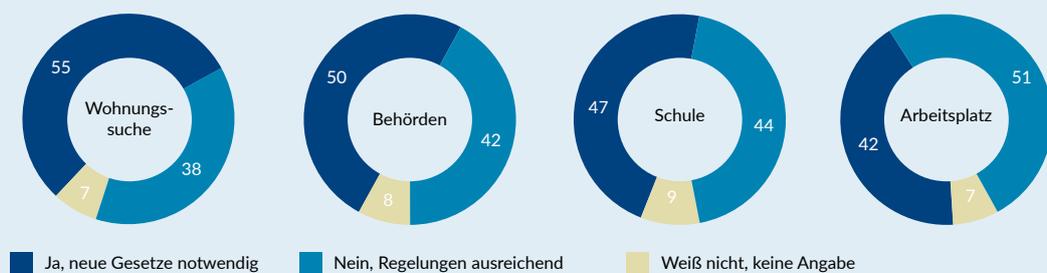
tegie zur Bekämpfung von Benachteiligung liegt bei ihnen mit Blick auf den Arbeitsplatz bei 51 Prozent, in Bezug auf Schulen bei 57 Prozent, im Zusammenhang mit Behörden ebenfalls bei 57 Prozent und im Kontext der Wohnungssuche bei 58 Prozent.

Die Ergebnisse im Zeitvergleich

Passend zu der konstanten oder leicht gestiegenen Wahrnehmung struktureller Hürden für Integration innerhalb der Aufnahmegesellschaft zeigt sich im Zeitvergleich, dass der Anteil der Menschen, die ein gesetzliches Eingreifen befürworten, tendenziell gestiegen ist. Das trifft besonders auf zwei Bereiche zu: die Behörden und die Wohnungssuche. Dass in Behörden neue gesetzliche Regelungen geschaffen werden sollten, die dafür sorgen, dass Bevölkerungsgruppen hier nicht benachteiligt werden dürfen, meinte 2012 nur gut ein Drittel (37 %) der Befragten. 2019 waren es schon 44 Prozent, und 2021 ist die Hälfte der Bevölkerung (50 %) dieser Ansicht.

Auch mit Blick auf die Wohnungssuche befürworten seit 2012 deutlich mehr Befragte neue Gesetze gegen Benachteiligung: War die Wohnungssuche 2012 mit 33 Prozent Zustimmung zur Schaffung entsprechender Regelungen noch das Schlusslicht der vier abgefragten Bereiche, stand sie 2019 mit 55 Prozent Zustimmung an der Spitze. 2021 hat sich dieser Wert nicht verändert, steht aber noch immer an erster Stelle. Mit einigem Abstand folgen – nach den Behörden – dann die Bereiche Schule und Arbeitsplatz. Dabei sind die Zustimmungswerte für neue gesetzliche Regelungen im Kontext Schule über

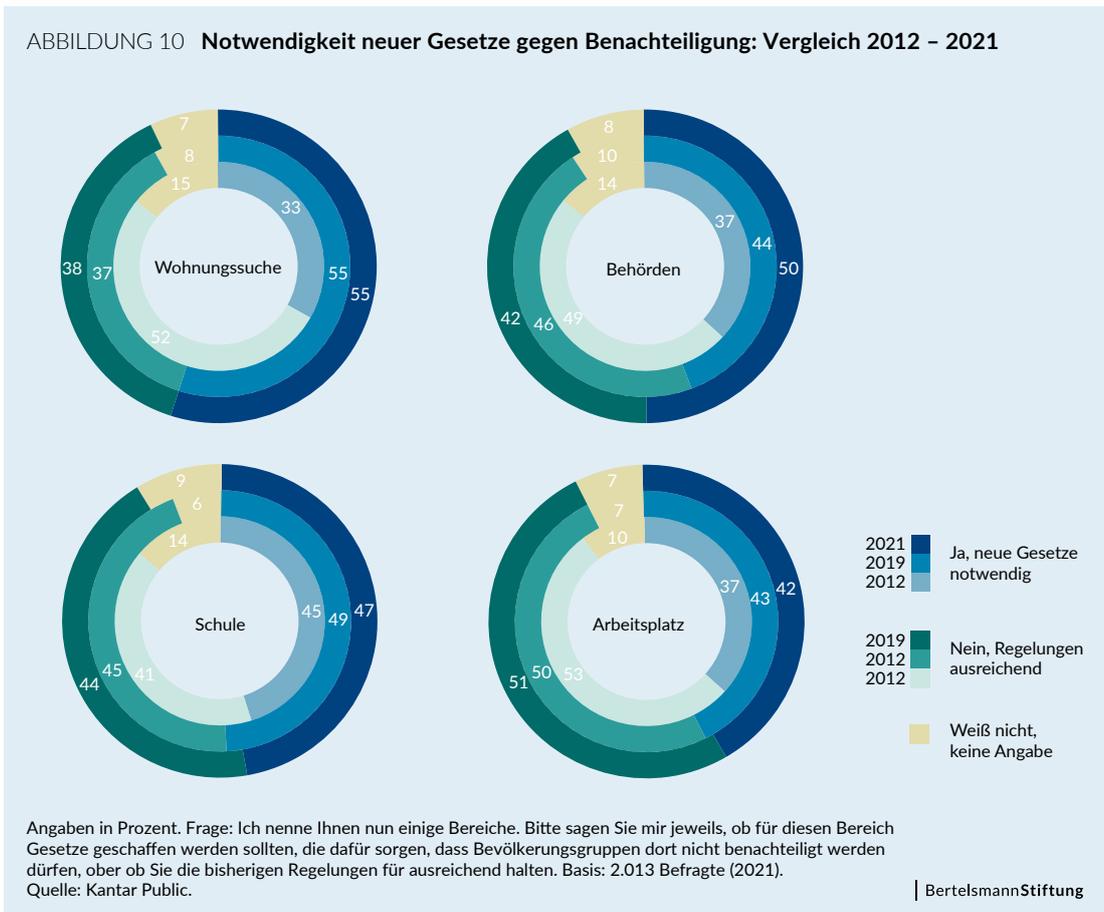
ABBILDUNG 9 Notwendigkeit neuer Gesetze gegen Benachteiligung



Angaben in Prozent. Frage: Ich nenne Ihnen nun einige Bereiche. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob für diesen Bereich Gesetze geschaffen werden sollten, die dafür sorgen, dass Bevölkerungsgruppen dort nicht benachteiligt werden dürfen, oder ob Sie die bisherigen Regelungen für ausreichend halten. Basis: 2013 Befragte.
Quelle: Kantar Public.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 10 Notwendigkeit neuer Gesetze gegen Benachteiligung: Vergleich 2012 – 2021



die Zeit ziemlich stabil geblieben: 45 Prozent (2012), 49 Prozent (2019) und 47 Prozent (2021). Eine gewisse, doch nicht allzu ausgeprägte Entwicklung zeigt sich in Bezug auf den Bereich Arbeitsplatz: Dass hier mit neuen gesetzlichen Regelungen für mehr Gleichbehandlung gesorgt werden sollte, fanden 2012 37 Prozent der Befragten gegenüber 43 Prozent 2019 und heute (2021) 42 Prozent.

Dass von den Frauen mehr Befragte als im Durchschnitt neue gesetzliche Regelungen als Instrument gegen Ungleichbehandlung befürworten, war auch in den vergangenen Jahren der Fall. Für die Befragten mit Migrationshintergrund gilt dies tendenziell ebenso, doch war der Unterschied hier in der Vergangenheit weniger eindeutig und ausgeprägt als heute. 2021 liegt die Zustimmung zur Schaffung neuer gesetzlicher Regelungen gegen Benachteiligung bei den Befragten mit Migrationshintergrund in drei von vier Bereichen (Behörden, Schule, Arbeitsplatz) um sieben bis zehn Prozentpunkte über dem Durchschnitt; im Fall der Wohnungssuche sind es drei Prozentpunkte.

4.3 | Viel Luft nach oben: Noch immer sieht nur eine Minderheit Migrant:innen in zentralen gesellschaftlichen Bereichen angemessen vertreten

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung

Nur rund ein Drittel der Befragten sieht Menschen mit Migrationshintergrund in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen angemessen repräsentiert. Dass Migrant:innen in der Politik adäquat vertreten seien,

meinen lediglich 36 Prozent. In Bezug auf die Polizei sind es 33 Prozent und beim Blick auf das Personal in Ämtern sogar nur 29 Prozent. Ähnlich schwach fallen die Werte bei Betrachtung der Bildungseinrichtungen aus. In Universitäten sehen immerhin noch 41 Prozent der Befragten Menschen mit Migrationshintergrund angemessen vertreten – mit Blick auf die Lehrkräfte in Schulen sind es jedoch lediglich 30 Prozent. Ähnlich niedrig ist der Zustimmungswert in Bezug auf Kindergärten und Kitas: Dass Migrant:innen unter den Erzieher:innen angemessen vertreten seien, meinen 32 Prozent der Befragten. Einzig beim Blick auf die Medien und die Welt der Kultur sieht eine (knappe) Mehrheit (52 % bzw. 60 %) Migrant:innen angemessen repräsentiert.

Dies gilt jedoch nicht für Migrant:innen selbst: Unter den Befragten mit Migrationshintergrund sehen nur 42 Prozent bei den Medien und 50 Prozent bei der Kultur eine angemessene Vertretung. Auch mit Blick auf die Politik zeigt sich mit nur 29 Prozent Zustimmung eine größere Differenz in der Wahrnehmung im Vergleich zum Durchschnitt. Bei den übrigen Bereichen gibt es jedoch keine bedeutenden Unterschiede zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und dem Durchschnitt der Befragten.

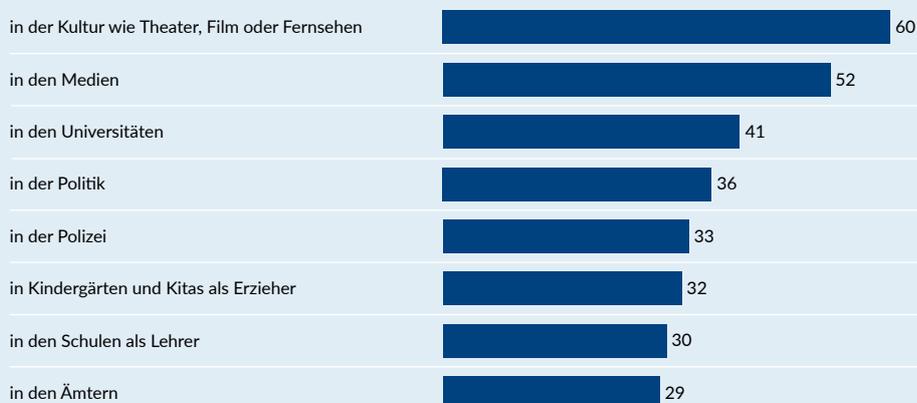
Die Ergebnisse im Zeitvergleich

Bei der Frage nach der angemessenen Vertretung

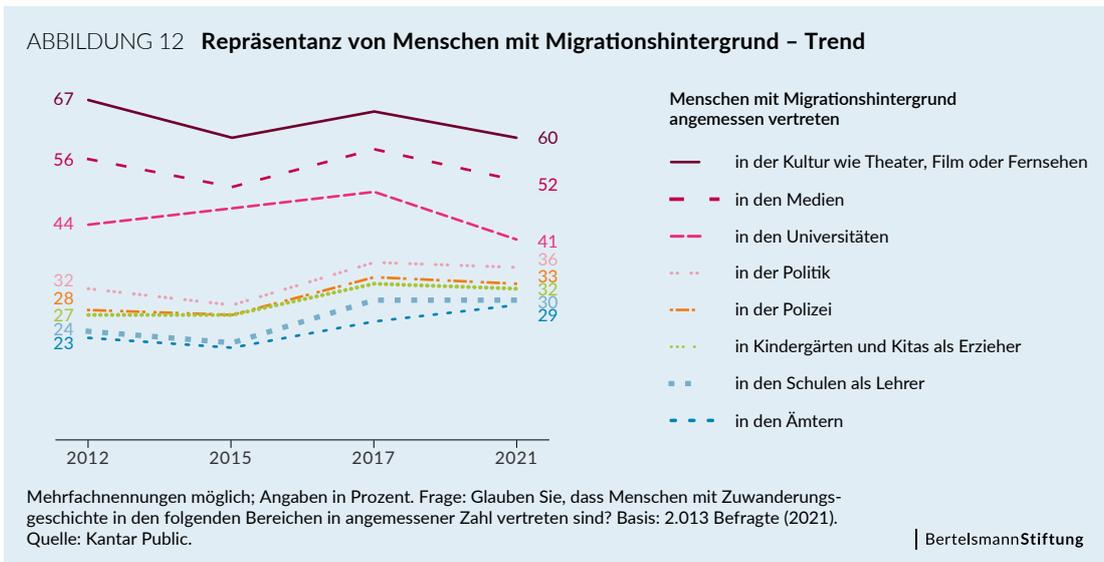
von Menschen mit Migrationshintergrund in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zeigen sich im Zeitverlauf seit 2012 keine markanten Entwicklungen, allenfalls Erhöhungen der Zustimmungswerte um wenige Prozentpunkte. Das heißt: Seit knapp einem Jahrzehnt hat hinsichtlich der meisten abgefragten Bereiche weiterhin nur eine Minderheit den Eindruck, dass Migrant:innen dort angemessen vertreten seien. Eine leichte Aufwärtsentwicklung lässt sich beim Blick auf die Bildungseinrichtungen konstatieren, mit einem Anstieg der Zustimmung von 27 Prozent in den Jahren 2012 und 2015 auf 33 Prozent 2017 bzw. 32 Prozent 2021 (Kindergärten und Kitas) sowie von 24 Prozent 2012 bzw. 22 Prozent 2015 auf 30 Prozent 2017 und 2021 (Schulen). Bei den Universitäten hingegen liegt der aktuelle Wert nach einer Entwicklung von 44 Prozent (2012) über 50 Prozent (2017) heute (2021) mit 41 Prozent wieder unter dem Ausgangswert. Beim Blick auf die Polizei und die Ämter hat sich der Anteil derjenigen, die Migrant:innen hier angemessen vertreten sehen, innerhalb der neun Jahre um einige Prozentpunkte erhöht: von 28 Prozent (2012) auf inzwischen (2021) 33 Prozent (Polizei) bzw. von 23 Prozent (2012) auf heute (2021) 29 Prozent (Ämter). Noch moderater ist die Entwicklung im Bereich Politik: von 32 Prozent (2012) zu heute (2021) 36 Prozent.

In den Bereichen Medien und Kultur sieht zwar noch immer eine (knappe) Mehrheit der Befragten Men-

ABBILDUNG 11 Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund



Dargestellt: Anteil zustimmende Antworten in Prozent.
 Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent. Frage: Glauben Sie, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den folgenden Bereichen in angemessener Zahl vertreten sind? Basis: 2.013 Befragte.
 Quelle: Kantar Public.



schen mit Migrationshintergrund angemessen vertreten, doch alles in allem ist der Anteil derer, die das so wahrnehmen, rückläufig. 2021 lag dieser Anteil mit Blick auf die Medien bei nur noch 52 Prozent gegenüber 58 Prozent 2017 und 56 Prozent 2012. Hinsichtlich der Kultur sahen 2021 60 Prozent der Befragten Migrant:innen angemessen vertreten – im Unterschied zu 65 Prozent 2017 und 67 Prozent 2012.

Bemerkenswert ist das oben beschriebene Auseinanderklaffen der Wahrnehmung von Menschen mit Migrationshintergrund und dem Durchschnitt der Befragten in den drei Bereichen Medien, Kultur und Politik in der aktuellen Befragung, denn solche Differenzen haben sich in den Befragungen von 2012 und 2015 noch nicht gezeigt. Damals lagen die Zustimmungswerte von Migrant:innen noch gleichauf mit denen des Durchschnitts oder sogar leicht darüber. Heute – knapp ein Jahrzehnt später – sehen Menschen mit Migrationshintergrund die Frage ihrer Vertretung weitaus kritischer.

4.4 | Jahrzehnt ohne Fortschritt: Die Wahrnehmung der Wertschätzung von Leistungen der Zugewanderten in Deutschland hat sich wenig verändert

Die Ergebnisse der aktuellen Befragung

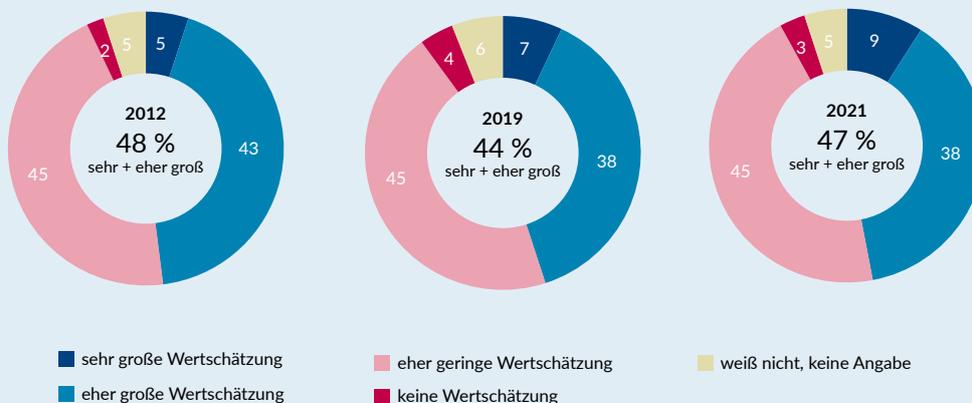
Die Leistungen von Zugewanderten werden aus Sicht vieler Menschen in Deutschland nicht sehr ausgeprägt wahrgenommen und wertgeschätzt. Weniger als die Hälfte der Befragten (47 %) findet, dass die Leistungen von Zugewanderten, die schon lange in Deutschland leben und arbeiten, eine eher große oder sehr große Wertschätzung erfahren. Unter den 30- bis 39-Jährigen ist der Blick besonders kritisch: In dieser Altersgruppe sieht nur ein knappes Drittel (31 %) eine große oder sehr große Wertschätzung. Auch von den Menschen mit Migrationshintergrund nehmen mit 38 Prozent weniger Befragte eine große oder sehr große Wertschätzung wahr als der Durchschnitt.

Die Ergebnisse im Zeitvergleich

An der Wahrnehmung, wie die Leistungen von Zugewanderten in Deutschland wertgeschätzt werden, hat sich im Zeitverlauf wenig geändert. Mit 48 Prozent war der Anteil der Befragten, die 2012 eine große oder sehr große Wertschätzung wahrnahmen, fast identisch mit dem von heute. 2019 lag der Wert mit 44 Prozent noch etwas niedriger. Dass unter den 30- bis 39-Jährigen der Anteil deutlich geringer ausfällt, war auch 2019 mit damals 32 Prozent bereits der Fall. Im Jahr 2012 zeigte sich diese Differenz mit 42 Prozent – im Vergleich zum damaligen Durchschnitt von 48 Prozent – hingegen noch nicht so ausgeprägt.

Dass die Wahrnehmung des Durchschnitts der Befragten und die der Menschen mit Migrationshintergrund so auseinanderklaffen (47% vs. 38 %), zeigt sich erst seit der aktuellen Befragung. 2012 und auch noch 2019 betrug der Unterschied im Antwortverhalten nur jeweils einen Prozentpunkt.

ABBILDUNG 13 Wertschätzung der Leistung von Zugewanderten: Vergleich 2012 - 2021



Angaben in Prozent. Frage: Wie werden die Leistungen von Zuwanderern, die hier schon lange leben und arbeiten, anerkannt und wertgeschätzt? Gibt es da Ihrer Ansicht nach ... Basis: 2.013 Befragte (2021).
 Quelle: Kantar Public.

| BertelsmannStiftung

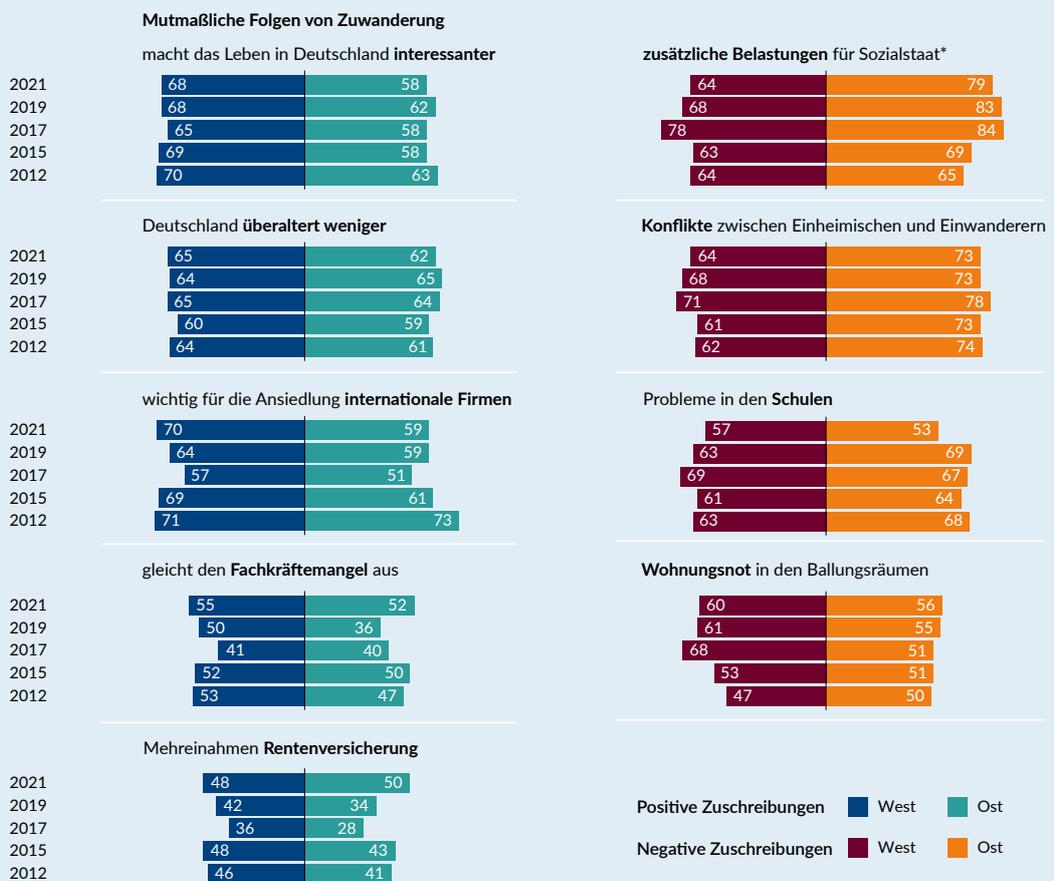
5| Welche Faktoren beeinflussen die Wahrnehmungen und Einschätzungen der Bevölkerung?

5.1 | Faktor Region: Ost und West blicken unterschiedlich auf Zuwanderung, insbesondere auf Fluchtmigration

Ostdeutsche sind skeptischer gegenüber Zuwanderung

Wie in den vergangenen Befragungsjahren zeigen sich auch 2021 teils deutliche Unterschiede bei der Einschätzung der Folgen von Zuwanderung zwischen Ost- und Westdeutschen. Insbesondere hinsichtlich der Einschätzung, Zuwanderung sei ein Vorteil für die Ansiedlung internationaler Firmen sowie

ABBILDUNG 14 Einschätzungen zur Zuwanderung: Vergleich West-/Ostdeutschland 2012 – 2021



Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent. Frage: Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob das Ihrer Ansicht nach zutrifft oder nicht. Basis: 2.013 Befragte (davon 341 Personen aus Ostdeutschland). *) Wortlaut 2012: „führt zu zusätzlichen Belastungen bei Hartz 4 und ALG I“. Quelle: Kantar Public.

ein Faktor, der das Leben in Deutschland interessanter macht, werden in der aktuellen Befragung größere Differenzen deutlich. Der ersten Aussage stimmen in Westdeutschland 70 Prozent der Befragten zu, in Ostdeutschland sind es 59 Prozent; die zweite Aussage bejahen 68 Prozent im Westen gegenüber 58 Prozent im Osten. In Bezug auf eine Dämpfung der Überalterung sowie einen Ausgleich des Fachkräftemangels als Folgen von Zuwanderung liegt der zustimmende Anteil der Westdeutschen ebenfalls höher, jedoch nur um jeweils drei Prozentpunkte (65 % vs. 62 % bzw. 55 % vs. 52 %). Dass Zuwanderung zu Mehreinnahmen für die Rentenversicherung führe, meinen in Ostdeutschland hingegen etwas mehr Menschen (50 %) als im Westen (48 %).

Bei den negativen Einschätzungen der Folgen von Zuwanderung stehen die Befürchtung zusätzlicher Kosten für den Sozialstaat sowie die Sorge um Konflikte zwischen Einheimischen und Zugewanderten bei den ostdeutschen Befragten im Fokus. Deren Anteil mit entsprechenden Einschätzungen liegt mit Blick auf den Aspekt „Sozialstaat“ bei 79 Prozent (Westdeutschland: 64 %) und beim Aspekt „Konflikte“ bei 73 Prozent (Westdeutschland: 64 %). Bei der Frage nach Wohnungsnot in Ballungsräumen und Problemen in Schulen kehrt sich das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland um, wobei die Unterschiede weniger ausgeprägt sind als bei den beiden zuvor genannten Aspekten: Von den Befragten in Ostdeutschland sehen 56 Prozent eine Verschärfung der Wohnungsnot (Westdeutschland: 60 %) und 53 Prozent erwarten Probleme in Schulen (Westdeutschland: 57 %).

Im Zeitverlauf erweisen sich die in Westdeutschland ausgeprägteren positiven Einschätzungen hinsichtlich der Folgen von Zuwanderung alles in allem als stabil (mit Ausnahme der Frage nach den Mehreinnahmen für die Rentenversicherung). Dies gilt umgekehrt im großen Ganzen – bis auf das Thema Wohnungsnot – auch für die in Ostdeutschland negativeren Einschätzungen, wobei die Ergebnisse beim Thema „Probleme in Schulen“ einem Zickzackkurs folgen.

In Ostdeutschland nehmen besonders viele Menschen Ablehnung in der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten wahr

Im großen Ganzen herrscht auch in Ostdeutschland im Jahr 2021 der Eindruck, dass zugewanderte Menschen dort willkommen geheißen werden. Dies gilt besonders für Arbeitsmigrant:innen, also Menschen, die zum Arbeiten oder zum Studieren nach Deutschland kommen. In Bezug auf diese Gruppe von Zugewanderten meinen ähnlich viele Befragte in Ostdeutschland (77 %) wie in Westdeutschland (79 %), dass sie von den staatlichen Stellen ihrer Kommune willkommen geheißen wird. Dass Arbeitsmigrant:innen auch von der Bevölkerung vor Ort willkommen geheißen werden, glauben rund zwei Drittel (65 %) der Befragten in Ostdeutschland, gegenüber 72 Prozent im Westen.

Ein deutlich anderes Bild zeigt sich jedoch bei der Frage, ob Geflüchteten eine willkommen heißende Haltung entgegengebracht wird, wobei hier zwischen

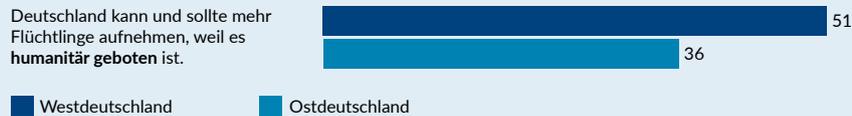
ABBILDUNG 15 **Wie werden Geflüchtete von der Bevölkerung vor Ort willkommen geheißen? Vergleich West-/Ostdeutschland**



Angaben in Prozent. Frage: Wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wie werden diese Menschen nach Ihrer Einschätzung hier von der Bevölkerung bei Ihnen vor Ort willkommen geheißen? Basis: 2.013 Befragte. (davon 341 Personen aus Ostdeutschland).
Quelle: Kantar Public.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 16 **Aufnahme von mehr Geflüchteten aus humanitären Gründen: Vergleich West-/Ostdeutschland**



Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent. Frage: Im letzten Jahr wurde in Deutschland viel über Flüchtlinge diskutiert. Welchen Weg sollte Deutschland Ihrer Meinung nach im Umgang mit Flüchtlingen gehen?
 Basis: 2.013 Befragte (davon 341 Personen aus Ostdeutschland).
 Quelle: Kantar Public.

| BertelsmannStiftung

den staatlichen Stellen und der Haltung der Bevölkerung zu unterscheiden ist. Denn ähnlich wie westdeutsche Befragte (69 %) sehen etwa zwei Drittel der Ostdeutschen (65 %) bei den staatlichen Stellen ihrer Kommune eine willkommen heißende Haltung gegenüber Geflüchteten – nicht so aber bei der Bevölkerung vor Ort: Hier sind es lediglich 42 Prozent (Westdeutschland: 62 %). Dies sind immerhin fast zehn Prozent mehr als noch 2017: Damals waren fast nur halb so viele Menschen in Ostdeutschland (33 %) wie in Westdeutschland (65 %) der Ansicht, dass Geflüchtete von der Bevölkerung vor Ort willkommen geheißen werden. Dennoch bleibt es auch 2021 dabei, dass mehr Menschen in Ostdeutschland in ihrer Umgebung eine ablehnende Haltung gegenüber Geflüchteten wahrnehmen, als dies in Westdeutschland der Fall ist.

Die Aufnahmebereitschaft gegenüber Geflüchteten ist in Ostdeutschland geringer

Die Wahrnehmungen bezüglich einer eher eingeschränkten Offenheit gegenüber Geflüchteten in der ostdeutschen Bevölkerung korrespondieren mit den Befunden zur Aufnahmebereitschaft: Dass Deutschland mehr Geflüchtete aufnehmen könne und solle, weil es humanitär geboten sei, bejaht in Ostdeutschland nur etwa ein Drittel (36 %) der Befragten – in Westdeutschland ist es hingegen rund die Hälfte (51 %). Dass Deutschland bei der Aufnahme von Geflüchteten an seiner Belastungsgrenze sei, glauben in Ostdeutschland 42 Prozent gegenüber 35 Prozent im Westen. Zugleich betrachtet ein Drittel der Befragten in Ostdeutschland (32 %) Geflüchtete als Gäste auf Zeit, um deren Integration Deutschland sich nicht bemühen solle – das sind wesentlich mehr als in Westdeutschland (18 %). Dieser Wert hat sich im Osten außerdem spürbar erhöht: 2019 und 2017 lag er noch bei 24 bzw. 25 Prozent.

Wie im Westen bewegt sich jedoch die Zustimmung zu einer aktiven Migrationspolitik auch im Osten auf einem hohen Niveau: Dass für jedes EU-Land eine feste Zahl aufzunehmender geflüchteter Menschen festgelegt werden sollte, abhängig von der Größe und der Wirtschaftskraft des Landes, meinen 75 Prozent der ostdeutschen Befragten (Westdeutschland: 80 %). 81 Prozent sind der Meinung, der Staat sollte dafür Sorge tragen, dass Geflüchtete in Deutschland rasch arbeiten dürfen (Westdeutschland: 88 %).

Ostdeutsche verorten Integrationshindernisse eher bei den Zugewanderten als bei der Aufnahmegesellschaft

Bei den Perspektiven von Ost und West auf Integration fällt auf, dass Ostdeutsche bei der Frage nach den größten Integrationshindernissen stärker als Westdeutsche Defizite bei den Zugewanderten vermuten, während ihre Wahrnehmung struktureller Hürden innerhalb der Aufnahmegesellschaft deutlich schwächer ausgeprägt ist. So sehen 58 Prozent der Ostdeutschen mangelnde Bildung der Zugewanderten als Integrationshindernis gegenüber 49 Prozent der Westdeutschen. Im Osten betrachten 59 Prozent die Verbundenheit der Zugewanderten mit einer ausländischen Herkunftskultur als Problem; im Westen sind es 53 Prozent. Dass mangelnde Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt eines der größten Integrationshindernisse darstellt, meinen hingegen nur 56 Prozent der ostdeutschen Befragten im Vergleich zu 68 Prozent der westdeutschen. Diskriminierung aufgrund der Herkunft sehen im Osten 53 Prozent; im Westen sind es 64 Prozent. Beim Aspekt mangelnder Sprachkenntnisse von Zugewanderten als hauptsächlichem Integrationshindernis sind sich Ost (86 %) und West (84 %) jedoch ziemlich einig.

5.2 | Faktor Alter: Junge Menschen sehen stärker die Chancen von Zuwanderung und nehmen eher Chancenungleichheit in der Einwanderungsgesellschaft wahr

Der Blick der jungen Menschen auf Zuwanderung ist optimistischer

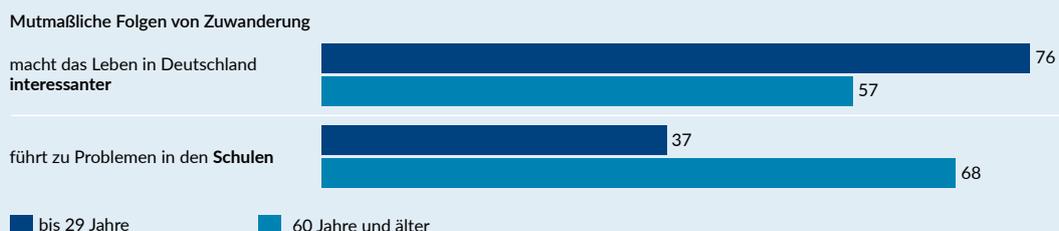
Der Anteil der jungen Menschen, die die Folgen von Zuwanderung positiv einschätzen, ist in den meisten Bereichen höher als im Durchschnitt und oft deutlich höher als bei den Befragten über 60 Jahre. Besonders ausgeprägt ist der folgende Unterschied: 76 Prozent der Befragten bis 29 Jahre finden, Zuwanderung mache das Leben in Deutschland interessanter, gegenüber lediglich 57 Prozent bei den über 60-Jährigen. Ebenfalls 76 Prozent der jungen Menschen sind der Ansicht, Zuwanderung sei für die Ansiedlung internationaler Firmen wichtig – bei den Personen über 60 sind es 65 Prozent. Auch die Zustimmung zu den Aussagen, Zuwanderung gleiche den Fachkräftemangel in Deutschland aus und Sorge für Mehreinnahmen der Rentenversicherung, liegt bei den jungen Befragten mit 61 Prozent und 54 Prozent jeweils elf Prozentpunkte über den Wer-

ten der älteren Befragten (50 % und 43 %). Dass Deutschland aufgrund von Zuwanderung weniger überalterte, meinen hingegen nur 61 Prozent der Befragten bis 29 Jahre im Vergleich zu 68 Prozent der über 60-Jährigen.

Bei den Einschätzungen hinsichtlich negativer Folgen von Zuwanderung liegen die Werte der jungen Menschen durchweg unter denen der älteren. Ein ausgesprochen großer Unterschied zeigt sich bei der Frage nach dem Effekt auf Schulen: Dass es durch Zuwanderung dort zu Problemen komme, meint von den jüngeren Befragten nur gut ein Drittel (37 %), während von den über 60-Jährigen gut zwei Drittel (68 %) dieser Ansicht sind. Bei der Befürchtung zusätzlicher Belastungen für den Sozialstaat als Folge von Zuwanderung offenbaren sich ebenfalls weit auseinanderliegende Ansichten zwischen Alt und Jung: Von den über 60-Jährigen hegen 75 Prozent der Befragten diese Sorge, bei den unter 30-Jährigen sind es dagegen nur 55 Prozent. Auch Konflikte zwischen Zugewanderten und Einheimischen sowie Wohnungsnot in Ballungsräumen als Folgen von Zuwanderung werden mit Zustimmungswerten von 57 Prozent und 53 Prozent von den jungen Befragten weniger befürchtet als von den älteren mit jeweils 69 Prozent.

Plausibel ist vor diesem Hintergrund ebenfalls die höhere Aufnahmebereitschaft gegenüber Geflüchteten unter jungen Menschen. Dass Deutschland bei der Aufnahme von Geflüchteten an der Belastungsgrenze sei, glaubt nur rund ein Viertel (27 %) der unter 30-Jährigen. Bei den über 60-Jährigen sind es 44 Prozent. Die Ansicht, dass Deutschland mehr geflüchtete Menschen aufnehmen könne und solle, weil es humanitär geboten sei, teilt mit 55 Prozent etwas

ABBILDUNG 17 Einschätzungen zur Zuwanderung: Vergleich Alter



Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent. Frage: Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob das Ihrer Ansicht nach zutrifft oder nicht. Basis: 1.058 Befragte. Quelle: Kantar Public.

| BertelsmannStiftung

mehr als die Hälfte der Jüngeren unter 30 gegenüber nur gut einem Drittel (37 %) der Älteren über 60.

Die Sensibilität für Benachteiligungen ist bei den Jüngeren stärker ausgeprägt

Beim Blick auf Integration und ein gleichberechtigtes Zusammenleben in Vielfalt unterscheiden sich die Wahrnehmungen der jungen Generation unter 30 ebenfalls von denen der älteren über 60. So betrachten unter den jungen Menschen deutlich mehr Befragte Diskriminierung aufgrund der Herkunft (77 % vs. 52 %) und mangelnde Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt (75 % vs. 62 %) als größte Hindernisse für Integration. Und mehr junge Menschen befürworten neue Gesetze zur Bekämpfung von Benachteiligung, als ältere dies tun: Mit Blick auf den Bereich der Behörden sind es 66 Prozent gegenüber 41 Prozent und im Kontext von Schule bzw. Arbeitsplatz stimmen mit 59 Prozent bzw. 54 Prozent in beiden Fällen ebenfalls deutlich mehr Jüngere dem zu als Ältere (38 % bzw. 35 %). Einzig im Bereich der Wohnungssuche liegen die Ansichten der Generationen etwas näher beieinander: Dass hier neue Gesetze zur Bekämpfung von Benachteiligung geschaffen werden sollten, meinen bei den unter 30-jährigen Befragten 59 Prozent und bei den über 60-jährigen 51 Prozent.

Die Ergebnisse bestätigen noch einmal den Befund der Befragung aus dem Jahr 2019, dass junge Menschen anders über Zuwanderung und die Chancenverteilung in der Einwanderungsgesellschaft denken. In der jungen Generation ist nicht nur eine chancenorientierte Sicht auf Zuwanderung stärker verbreitet, sondern auch die Sensibilität für Benachteiligungen und die Befürwortung neuer gesetzlicher Maßnahmen zu deren Eindämmung sind bei den Jungen stärker ausgeprägt.

5.3 | Faktor Bildung: Höhere Bildung geht mit einer positiveren Sicht auf Zuwanderung und einer größeren Sensibilität für Diskriminierung einher

Vorteile von Zuwanderung sehen Menschen mit höherer Bildung stärker

Ebenfalls ähnlich wie bei der Befragung 2019 zeigen sich die Ergebnisse im Lichte der Bildungsabschlüsse der Befragten. Hier werden teils große Unterschiede zwischen Menschen mit Abitur oder Hochschulabschluss und Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss deutlich. Erstere sehen vorteilhafte Folgen von Zuwanderung deutlich stärker als Letztere. Besonders markant ist mit 30 Prozentpunkten die Differenz bei der Auffassung, dass Zuwanderung das Leben in Deutschland interessanter mache: Während 81 Prozent der Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss und damit eine große Mehrheit dem zustimmt, sind es unter den Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss lediglich 51 Prozent (aber somit immerhin jeder: Zweite). Ausgeprägt sind auch die Differenzen bei der Zustimmung, dass Zuwanderung wichtig für die Ansiedlung internationaler Firmen sei (76 % der Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss gegenüber 62 % der Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss), dass Deutschland durch Zuwanderung weniger überaltert (77 % vs. 60 %), dass Zuwanderung den Fachkräftemangel in Deutschland ausgleiche (65 % vs. 48 %) und dass Zuwanderung zu Mehreinnahmen der Rentenversicherung führe (59 % vs. 43 %).

Umgekehrt sind negative Einschätzungen der Folgen von Zuwanderung unter Menschen mit Volks- oder Hauptschulabschluss stärker ausgeprägt. Besonders groß ist die Sorge um Wohnungsnot in Ballungsräumen: Diese hegen 71 Prozent der Menschen mit Volks- oder Hauptschulabschluss gegenüber lediglich 43 Prozent der Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss. Eine deutliche Differenz zeigt sich auch bei der Annahme, Zuwanderung führe zu zu-

ABBILDUNG 18 **Einschätzung zur Zuwanderung: Vergleich Bildungsabschlüsse****Mutmaßliche Folgen von Zuwanderung****Positive Zuschreibungen****Negative Zuschreibungen**

■ Abitur/Hochschulabschluss ■ Volks-/Hauptschulabschluss

Dargestellt: Anteile „trifft zu“ in Prozent. Frage: Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob das Ihrer Ansicht nach zutrifft oder nicht. Basis: 1.323 Befragte. Quelle: Kantar Public.

| BertelsmannStiftung

sätzlichen Belastungen für den Sozialstaat. Diese teilen 58 Prozent der Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss, aber 70 Prozent der Menschen mit Volks- oder Hauptschulabschluss – und bei den Befragten mit mittlerem Bildungsabschluss sind es sogar 74 Prozent. Dies ist bemerkenswert, da die Werte der Befragten mit mittlerem Bildungsabschluss sonst stets zwischen denen der Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss und denen der Personen mit Abitur oder Hochschulabschluss liegen.

Eine weitere – noch stärker herausstechende – Ausnahme ist der Zustimmungswert zu der Aussage, Zuwanderung führe zu Konflikten zwischen Einheimischen und Zugewanderten: Hier liegen die Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss und diejeni-

gen mit Abitur oder Hochschulabschluss mit Zustimmungswerten von 64 Prozent bzw. 61 Prozent relativ nah beieinander, während sich die Befragten mit mittlerem Bildungsabschluss mit 73 Prozent deutlich absetzen. Bei der Frage nach Problemen in Schulen als Folge von Zuwanderung liegen hingegen alle Bildungsgruppen mit ihren Zustimmungswerten ziemlich nah beieinander: 59 Prozent der Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss sowie derjenigen mit mittlerem Bildungsabschluss und 53 Prozent derjenigen mit Abitur oder Hochschulabschluss.

Höhergebildete sind offener für die Aufnahme von Geflüchteten

Starke Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen zeigen sich bei der Aufnahmebereitschaft gegenüber geflüchteten Menschen. Dass Deutschland nicht mehr Geflüchtete aufnehmen könne, weil es an seiner Belastungsgrenze sei, meint von den Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss fast jeder:r Zweite (49 %), von den Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss dagegen nur jede:r Fünfte (19 %). Dass Deutschland mehr Geflüchtete aufnehmen solle, weil es humanitär geboten sei, finden knapp zwei Drittel (62 %) der Personen mit Abitur oder Hochschulabschluss gegenüber gut einem Drittel (36 %) der Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss. Etwas mehr als ein Viertel (28 %) der Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss stimmt zudem der Aussage zu, dass Deutschland sich nicht um die Integration geflüchteter Menschen bemühen solle, da sie Gäste auf Zeit seien – gegenüber lediglich 13 Prozent der Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss.

Bei der Frage, ob geflüchtete Menschen hierzulande willkommen geheißen werden, zeigen sich hingegen kaum Unterschiede im Antwortverhalten der Bildungsgruppen. Dass Geflüchtete von den staatlichen Stellen ihrer Kommune willkommen geheißen werden, meinen 65 Prozent der Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss und 66 Prozent derjenigen mit Abitur oder Hochschulabschluss. Beim Blick auf die Haltung der Bevölkerung vor Ort zeigt sich eine Differenz zwischen den Bildungsgruppen, die jedoch

nicht allzu groß ausfällt: Dass Geflüchtete von der Bevölkerung bei ihnen vor Ort willkommen geheißen werden, meinen 57 Prozent der Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss gegenüber 63 Prozent derjenigen mit Abitur oder Hochschulabschluss.

Höhere Bildung geht mit größerer Sensibilität für Diskriminierung einher

Im Hinblick auf Fragen der Integration und Chancengleichheit in der Einwanderungsgesellschaft liegen die Bildungsgruppen in ihrem Antwortverhalten vielfach nicht sehr weit auseinander. An einigen Stellen werden jedoch größere Differenzen deutlich. So sehen mit 71 Prozent deutlich mehr Menschen mit Abitur oder Hochschulabschluss Diskriminierung aufgrund der Herkunft als eines der größten Hindernisse für Integration, als Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss dies tun (53 %). Des Weiteren befürwortet ein größerer Anteil der Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss neue gesetzliche Regelungen zur Bekämpfung von Benachteiligung in der Schule (54 % vs. 37 %) und am Arbeitsplatz (45 % vs. 34 %). Außerdem sind sie deutlich skeptischer, was die Wertschätzung der schon lange hier ansässigen Zugewanderten angeht: Dass deren Leistungen hierzulande sehr anerkannt und wertgeschätzt werden, glauben nur 38 Prozent der Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss, jedoch 52 Prozent der Menschen mit Volks- oder Hauptschulabschluss.

ABBILDUNG 19 **Aufnahmebereitschaft gegenüber Geflüchteten: Vergleich Bildungsabschlüsse**



Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent. Frage: Im letzten Jahr wurde in Deutschland viel über Flüchtlinge diskutiert. Welchen Weg sollte Deutschland Ihrer Meinung nach im Umgang mit Flüchtlingen gehen?
 Basis: 1.323 Befragte.
 Quelle: Kantar Public.

5.4 | Faktor Geschlecht: Frauen und Männer teilen eine ähnliche Sicht auf Zuwanderung, haben aber unterschiedliche Perspektiven auf Integration

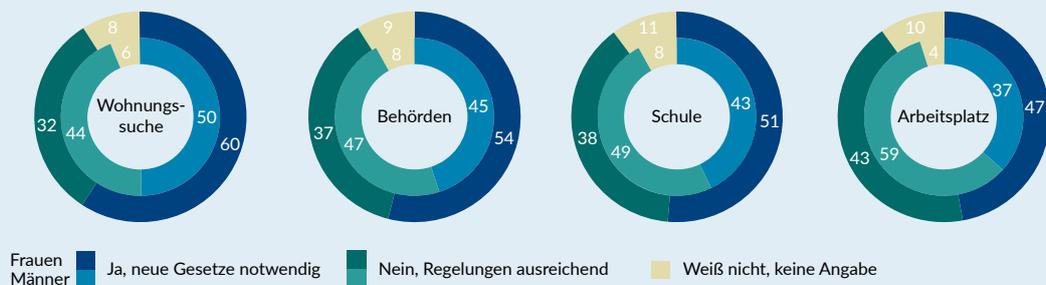
Frauen befürworten neue Antidiskriminierungsgesetze eher als Männer

Der Blick auf die Einschätzungen positiver und negativer Folgen von Zuwanderung offenbart keine systematischen Unterschiede im Antwortverhalten von Frauen und Männern und meist liegen die jeweiligen Zustimmungswerte nur wenige Prozentpunkte auseinander. Ähnliches gilt für die Wahrnehmung, wie Migrant:innen in Deutschland von staatlichen Stellen und der Bevölkerung vor Ort willkommen geheißen werden – hier antworten Männer und Frauen sogar nahezu identisch. Auch bei der Aufnahmebereitschaft gegenüber Geflüchteten sowie bei den Einstellungen zum Umgang mit ihnen zeigen sich Frauen und Männer ziemlich einmütig.

Bei Fragen der Integration und eines gleichberechtigten Zusammenlebens in einer vielfältigen Gesellschaft werden jedoch Unterschiede im Antwortverhalten von Frauen und Männern deutlich, die darauf hindeuten, dass die Frauen sensibler für Benachteiligungen sind. Dass die Leistungen von Zugewanderten, die schon lange in Deutschland leben und arbeiten, eine große Wertschätzung erfahren, meinen weniger Frauen (44 %) als Männer (50 %). Beim Blick auf die größten Integrationshindernisse sehen mehr Männer (54 %) als Frauen (48 %) mangelnde Bildung der Zugewanderten als Problem, während mehr Frauen (65 %) als Männer (59 %) Diskriminierung aufgrund der Herkunft als Hindernis für Integration wahrnehmen.

Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede bei der Befürwortung gesetzlicher Antidiskriminierungsmaßnahmen: Hier liegen die Zustimmungswerte der Frauen in allen Bereichen deutlich über denen der Männer. Dass im Zusammenhang mit der Wohnungssuche neue Gesetze gegen Benachteiligung geschaffen werden sollten, finden 60 Prozent der Frauen gegenüber 50 Prozent der Männer. In Bezug auf Behörden sind 54 Prozent der weiblichen Befragten dieser Ansicht und 45 Prozent der männlichen. Für neue Antidiskriminierungsgesetze in der Schule bzw. am Arbeitsplatz sind 51 bzw. 47 Prozent der Frauen gegenüber 43 bzw. 37 Prozent der Männer.

ABBILDUNG 20 Notwendigkeit neuer Gesetze gegen Benachteiligung: Vergleich Frauen/Männer



Angaben in Prozent. Frage: Ich nenne Ihnen nun einige Bereiche. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob für diesen Bereich Gesetze geschaffen werden sollten, die dafür sorgen, dass Bevölkerungsgruppen dort nicht benachteiligt werden dürfen, oder ob Sie die bisherigen Regelungen für ausreichend halten. Basis: 2.013 Befragte. Quelle: Kantar Public.

| BertelsmannStiftung

5.5 | Faktor Migrationshintergrund: Migrant:innen blicken positiver auf das Zusammenleben in Vielfalt, sehen die gesellschaftliche Chancenverteilung aber kritischer

Migrant:innen sehen das Zusammenleben in Vielfalt positiver

Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund liegen in ihren Einschätzungen hinsichtlich der Folgen von Zuwanderung meist nah beieinander. Ein auffälliger Unterschied zeigt sich allerdings bei den Aspekten, die sich auf ein Zusammenleben in Vielfalt beziehen: Migrant:innen sehen in diesem Zusammenhang weniger Probleme als Menschen ohne Migrationshintergrund. So sind Letztere zu 68 Prozent der Ansicht, Zuwanderung führe zu Konflikten zwischen Einheimischen und Zugewanderten; von den Befragten mit Migrationshintergrund meinen dies dagegen lediglich 56 Prozent. Weiter befürchten 57 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund Probleme in Schulen als Folge von Zuwanderung – gegenüber 47 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund. Hingegen sehen mehr Migrant:innen (74 %) als Nichtmigrant:innen (64 %) als positive Folge von Zuwanderung, dass diese das Leben in Deutschland interessanter mache.

Die Wahrnehmung struktureller Probleme ist bei Migrant:innen stärker ausgeprägt

Bei der Frage, wie Zugewanderte in Deutschland von staatlichen Stellen und der Bevölkerung vor Ort willkommen geheißen werden, zeigen sich keine bedeutenden Unterschiede zwischen den Menschen mit und denen ohne Migrationshintergrund. Auch bei den Fragen zum Umgang mit und zur Aufnahme von geflüchteten Menschen liegen Migrant:innen und

Nichtmigrant:innen sehr nah beieinander. Differenzen zeigen sich jedoch dort, wo es um die Stellung von Migrant:innen in der Gesellschaft geht, das heißt um Wertschätzung, Repräsentanz und Chancengleichheit. Dass die Leistungen von zugewanderten Menschen, die schon lange hierzulande leben und arbeiten, eine große Wertschätzung erfahren, finden lediglich 38 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund – im Vergleich zu 49 Prozent derjenigen ohne Migrationshintergrund.

Bei der Frage, ob Migrant:innen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen in angemessener Zahl vertreten seien, zeigt sich ein gemischtes Bild: In Bezug auf Ämter, Polizei, Universitäten sowie Kindergärten und Kitas decken sich die Wahrnehmungen von Menschen mit und denjenigen ohne Migrationshintergrund weitestgehend. Die Situation in Schulen sehen Migrant:innen mit 34 Prozent sogar etwas positiver als Nichtmigrant:innen (28 %) – wobei jedoch zu berücksichtigen ist, dass somit immer noch rund zwei Drittel keine angemessene Vertretung von Migrant:innen als Lehrer:innen in Schulen sehen.

In den Feldern von allgemein großer öffentlicher Sichtbarkeit wie Politik, Medien und Kultur klaffen die Wahrnehmungen schließlich deutlicher auseinander. Eine angemessene Vertretung von Migrant:innen in der Politik sehen lediglich 29 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund; bei den Befragten ohne Migrationshintergrund sind es 37 Prozent. Im Bereich der Medien sehen 42 Prozent der Migrant:innen eine angemessene Vertretung – gegenüber 55 Prozent der Nichtmigrant:innen. Mit Blick auf die Kultur sind es bei den Befragten mit Migrationshintergrund 50 Prozent, im Vergleich zu 63 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund.

Klare Unterschiede zeigen sich bei der Frage nach den größten Hindernissen für die Integration von Zugewanderten in Deutschland: Menschen mit Migrationshintergrund nehmen strukturelle Hürden stärker wahr. Mangelnde Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt bzw. Diskriminierung aufgrund der Herkunft sehen 72 Prozent bzw. 69 Prozent; bei den Menschen ohne Migrationshintergrund sind es 64 Prozent bzw. 60 Prozent. In diesem Zusammenhang sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die Sensibilität für solche strukturellen gesellschaftlichen Probleme im Zeitverlauf allgemein gestiegen ist (vgl. Abschnitt 4.1) – aber unter den Menschen mit Migra-

tionshintergrund ist sie eben noch etwas größer, was angesichts ihrer stärkeren eigenen Betroffenheit von dieser Problematik wenig verwunderlich ist.

Plausibel ist vor diesem Hintergrund der Befund, dass die Befragten mit Migrationshintergrund neue Gesetze zur Bekämpfung von Benachteiligung stärker befürworten. Bei der Befürwortung neuer gesetzlicher Regelungen im Kontext der Wohnungssuche liegen Befragte mit bzw. ohne Migrationshintergrund mit 58 Prozent bzw. 54 Prozent noch nah beieinander, doch in den anderen drei Bereichen klaffen die Werte stärker auseinander. Dass für Behörden neue

Antidiskriminierungsgesetze geschaffen werden sollten, finden 57 Prozent der Migrant:innen im Vergleich zu 48 Prozent der Nichtmigrant:innen. Entsprechende Regelungen für Schule bzw. Arbeitsplatz befürworten 57 Prozent bzw. 51 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund; bei den Befragten ohne Migrationshintergrund sind es 45 Prozent bzw. 40 Prozent.

ABBILDUNG 21 Einschätzungen zur Zuwanderung: Vergleich Migrationshintergrund

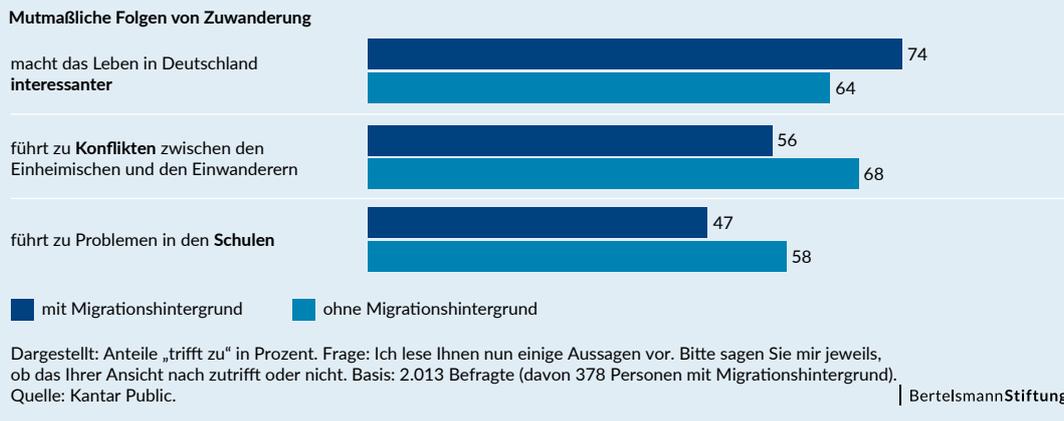
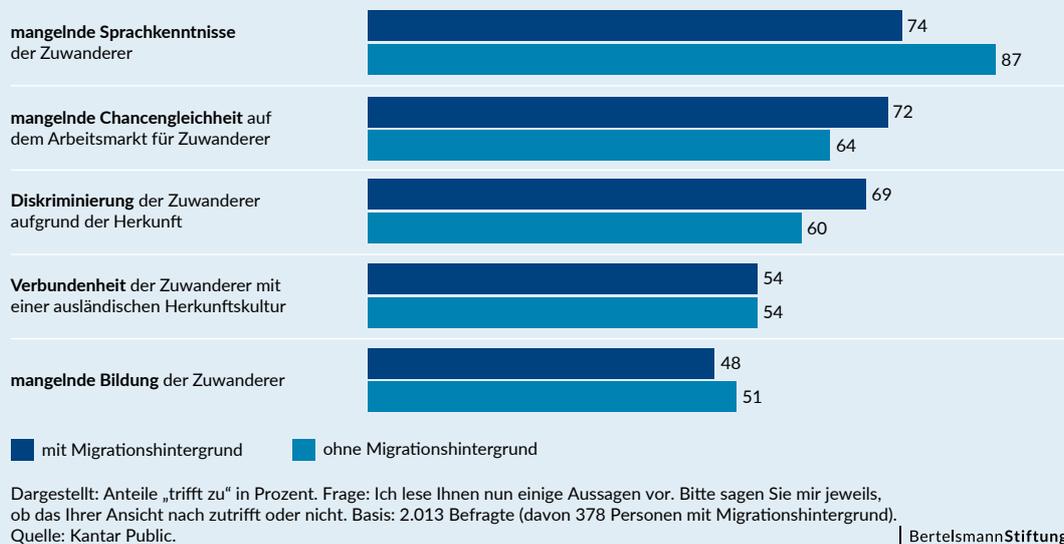


ABBILDUNG 22 Empfundene Hindernisse für Integration: Vergleich Migrationshintergrund



6 | Fazit

Arbeitsmigration stärken, humanitäre Verantwortung übernehmen, Zusammenleben in Vielfalt gerecht gestalten

Die Ergebnisse unserer Umfrage zur Willkommenskultur in Deutschland im Jahr 2021 zeigen: Es bewegt sich etwas in der Perspektive der Bevölkerung auf Migration und Integration. Die „Fluchtkrise“ von 2015 ist nicht vergessen, aber sie ist in den Hintergrund gerückt. Die alarmierte, vielfach skeptische und ablehnende Stimmung gegenüber (Flucht-)Migration, die sich in den Befragungsergebnissen 2017 niederschlug, war bereits 2019 abgeebbt und ist 2021 weiter zurückgegangen. Zwar zeugen die Ergebnisse noch immer von einer gewissen Skepsis, von Sorgen und Unsicherheiten im Zusammenhang mit Zuwanderung. So befürchtet immer noch eine Mehrheit der Befragten zum Beispiel zusätzliche Belastungen für den Sozialstaat, sorgt sich um eine Zuspitzung der Wohnungsnot in Ballungsräumen oder sieht Konflikte zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Zudem bleibt mit rund einem Fünftel der Bevölkerung ein „harter Kern“ ausgeprägter Migrations-skeptiker:innen, die Geflüchtete als „Gäste auf Zeit“ betrachten, um deren Integration sich das Land nicht bemühen sollte. Dennoch ist alles in allem die Migrationsskepsis in Deutschland seit 2019 weiter zurückgegangen: Der Anteil der Menschen, die positive Folgen von Zuwanderung sehen, ist gestiegen, während der Anteil derjenigen, die negative Folgen sehen, gesunken ist.

Die gesellschaftliche Gestaltung von Migration und Integration ist zweifellos eine herausfordernde Aufgabe, die beiden Seiten – der Aufnahmegesellschaft und den Zugewanderten – viel abverlangt. Die Europäische Union definiert Integration als „dynamische[n], in beide Richtungen gehende[n] Prozess des gegenseitigen Entgegenkommens“ auf Basis der

Grundwerte der EU (Europäische Union 2004). Das bedeutet: Beide Seiten müssen sich in diesem Prozess bewegen, beide erfahren Veränderungen, beide machen in diesem Prozess Erfahrungen, die mal bereichernd und ermutigend, mal schmerzhaft sind. Es geht für die Menschen in diesem Prozess um sehr persönliche Themen: um die eigene Identität, das eigene Selbstverständnis, aber letztlich auch um materielle Aspekte – angefangen bei Bildungschancen über berufliche Möglichkeiten bis hin zur Teilhabe an Wohnraum. Daher überrascht es wenig, dass die Ergebnisse einer Studie zur Willkommenskultur stets auch in nicht unerheblichem Umfang ambivalente oder skeptische Haltungen widerspiegeln. Dies sollte jedoch kein Anlass zur Dramatisierung der Themen Migration und Integration sein, wie sie nicht selten in den Medien stattfindet. Vielmehr gilt es, genauer hinzuschauen, wie sich die Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerung über die Zeit entwickeln – und dabei auch systematische Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen zu erkennen, die Aufschluss darüber geben können, wie eigene Lebensrealitäten und persönliche Erfahrungen die Perspektive auf Zuwanderung und Integration prägen.

Ein zentrales Ergebnis der Umfrage 2021 ist, dass sich seit 2017 ein eher **chancenorientierter Blick auf Migration** entwickelt hat: Die Befragten sehen vermehrt positive Folgen von Zuwanderung, wohingegen negative Einschätzungen sich abgeschwächt haben. Die Hintergründe hierfür können nicht eindeutig geklärt, wohl aber plausibilisiert werden. Nicht unwahrscheinlich ist, dass dabei die an Nützlichkeit orientierte Dimension von Migration eine Rolle spielt.

Dass der demografische Wandel in Deutschland in eine akute Phase eintritt und seine Auswirkungen konkret spürbar werden, ist in den vergangenen Jahren politisch und medial stärker thematisiert worden, vor allem aufgrund des bevorstehenden Renteneintritts der Babyboomer:innen. Diese werden in der Arbeitswelt rein quantitativ eine große Lücke hinterlassen und später das schon heute überlastete Pflegesystem noch weiter unter Druck bringen. Allein dieser Diskurs könnte einen stärker chancenorientierten Blick auf Zuwanderung angeregt haben.

Die Erfahrungen der Corona-Pandemie dürften dies noch verstärkt haben, denn die Menschen haben konkreter erfahren, was es bedeutet, wenn im Gesundheitsbereich und anderen Feldern der „kritischen Infrastruktur“ Arbeitskräfte fehlen. Wie unsere Umfrage zeigt, ist besonders die junge Generation der unter 30-Jährigen bereit, Zuwanderung als Chance zu begreifen – für die Gegenwart wie für die Zukunft. Zugleich hegen vermehrt Menschen mit Volks- oder Hauptschulabschluss Bedenken hinsichtlich der Folgen von Zuwanderung. Die Sorge um Wohnungsnot in Ballungsräumen spielt dabei eine herausgehobene Rolle.

Ein zweites wichtiges Ergebnis der Umfrage ist, dass die **Aufnahmebereitschaft gegenüber geflüchteten Menschen** deutlich gestiegen ist. Wesentlich mehr Menschen als 2019 und 2017 sind heute der Ansicht, Deutschland könne und solle mehr Geflüchtete aufnehmen, weil es humanitär geboten sei. Und der Anteil derjenigen, die meinen, dass Deutschland bei der Aufnahme von Geflüchteten an seiner Belastungsgrenze sei, ist stark zurückgegangen. Auch hier sind es unterschiedliche Aspekte, die in diese Entwicklung hineinspielen könnten.

Zunächst haben sich die Wogen der „Fluchtkrise“ geglättet – die Integration der Geflüchteten ist Teil des Alltags geworden und eine neue Normalität hat sich eingestellt. Des Weiteren verfolgten die Menschen hierzulande vielfach mit großer Bestürzung und Anteilnahme den Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan im Sommer 2021, der viele Menschen dort in einer verzweiferten und bedrohlichen Lage zurückließ. Wenig später, im Herbst 2021, also etwa zum

Zeitpunkt unserer Befragung Anfang November, hat sich die Lage an der belarussisch-polnischen Grenze immer mehr zugespitzt: Tausende Migrant:innen gerieten dort als Spielball geopolitischer Interessen in eine gefährliche Situation. Die dramatischen Bilder und Berichte aus Belarus und Afghanistan könnten bei den Menschen die Bereitschaft zu humanitärer Hilfe erneut geweckt haben.

Gleichwohl zeigen die Ergebnisse unserer Umfrage auch, dass viele Menschen bezüglich der Offenheit gegenüber Geflüchteten in ihrer unmittelbaren Umgebung skeptisch sind. So hat ein Drittel der Befragten aus Westdeutschland und fast die Hälfte derjenigen aus Ostdeutschland den Eindruck, dass Geflüchtete von der Bevölkerung vor Ort eher nicht willkommen geheißen werden.

Ein drittes bedeutendes Ergebnis der Umfrage bezieht sich auf die Wahrnehmung der Rollen und Anforderungen im Prozess der Integration und berührt die auf Gerechtigkeit bezogene Dimension der Thematik. Hier zeigt sich eine leichte Verschiebung, die eine etwas stärkere Akzentuierung der **Verantwortung der Aufnahmegesellschaft** andeutet. Das heißt, der Fokus auf vermeintliche Defizite der Migrant:innen tritt ein wenig zurück und es offenbart sich eine etwas höhere Sensibilität für strukturelle Probleme innerhalb der Gesellschaft, die Integration erschweren. Konkret sehen heute weniger Menschen mangelnde Bildung der Zugewanderten oder unzureichende Sprachkenntnisse als größte Integrationshindernisse. Letztere bleiben zwar für eine große Mehrheit noch der wichtigste Aspekt, aber im Zeitvergleich verliert er an Bedeutung, und an zweiter und dritter Stelle der größten Integrationshindernisse stehen jetzt mangelnde Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und Diskriminierung aufgrund der Herkunft. Beide Aspekte haben gegenüber 2019 und 2017 zudem leicht an Bedeutung gewonnen.

Diese Befunde markieren einen vorsichtigen Aufbruch als Einwanderungsgesellschaft, die den Anspruch auf gerechte Teilhabe als Voraussetzung für ein gelingendes Zusammenleben in Vielfalt zunehmend ernster nimmt. Möglicherweise haben die auch in Deutschland in den letzten Jahren mit großer me-

dialer und politischer Resonanz geführten Debatten über Identität und Diskriminierung – etwa unter den Stichworten „Me Too“ oder „Black Lives Matter“ – hier ihre Spuren hinterlassen. So wirkt es folgerichtig, dass ein nicht unerheblicher Teil der Befragten seit 2019 neue gesetzliche Regelungen zur Bekämpfung von Benachteiligung befürwortet: bei der Wohnungssuche, in der Schule, am Arbeitsplatz und – mit einem Anstieg 2021 – bei Behörden. Die diesbezügliche Bewusstseinsbildung lässt sich als nachholende Entwicklung charakterisieren, da schon seit Längerem nachgewiesen ist, dass das deutsche Antidiskriminierungsrecht Schutzlücken aufweist (Klose und Liebscher 2015).

Darüber hinaus zeigt sich, dass außer im Bereich der Kultur und der Medien weniger als die Hälfte der Befragten eine angemessene Vertretung von Migrant:innen in zentralen gesellschaftlichen Bereichen wie Politik, Polizei, Ämtern sowie Universitäten, Kindergärten und Schulen sieht. Zudem teilt nur knapp die Hälfte die Ansicht, dass die Leistungen von Migrant:innen, die schon lange in Deutschland leben und arbeiten, hierzulande eine eher große oder sehr große Wertschätzung erfahren. Diese Ergebnisse signalisieren eine Bereitschaft innerhalb der Bevölkerung für eine Politik, die mit dem Zielbild einer „Einheit in Vielfalt“ strukturelle Benachteiligungen in der Gesellschaft angeht und sich für mehr Gleichberechtigung und gerechte Teilhabe einsetzt.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse lassen sich folgende Handlungsempfehlungen für die Migrations- und Integrationspolitik formulieren:

1 Zuwanderung in und Qualifizierung für den Arbeitsmarkt fördern

Die Potenziale und Chancen von Zuwanderung sollten mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft bestmöglich genutzt werden. Um den aus demografischen Gründen unmittelbar bevorstehenden oder bereits akuten Personalengpässen auf dem Arbeitsmarkt im Allgemeinen und im Gesundheits-

bereich im Besonderen zu begegnen, sollte die Zuwanderung benötigter Fachkräfte auch weiterhin aktiv gefördert und gestaltet werden. Das 2020 in Kraft getretene Fachkräfteeinwanderungsgesetz war hierfür bereits ein wichtiger Schritt. Darüber hinausgehende Erleichterungen bei der Einwanderung zum Zweck der (Berufs-) Ausbildung könnten weitere Hebel sein – vorausgesetzt, diese werden sinnvoll in die bestehenden Einwanderungsregelungen integriert. Darüber hinaus sollte der Zugang zu Integrationskursen auch für diejenigen geflüchteten Menschen erleichtert werden, die als „Geduldete“ voraussichtlich längere Zeit in Deutschland leben, weil eine Rückkehr in ihre Herkunftsländer auf absehbare Zeit nicht möglich ist. Eine solche Öffnung wäre mit Blick auf das Zusammenleben sowie die im rechtlichen Rahmen möglichen Ausbildungs- und Beschäftigungsaktivitäten sinnvoll.

2 Humanitäre Verantwortung übernehmen und konstruktive Akteur:innen unterstützen

Die Politik darf sich nicht lähmen lassen von der Erinnerung an die „Fluchtkrise“ 2015 und nicht die Augen vor der globalen Realität verschließen. Vielmehr muss sie mit Blick auf Gegenwart und Zukunft in akuten humanitären Notsituationen weiterhin Hilfe leisten, auch durch die eigene Aufnahme von Geflüchteten. Langfristig muss sie in einem europäischen Rahmen weiter an Lösungen arbeiten, die einen geordneten Umgang mit der Fluchtproblematik ermöglichen und humanitäre Katastrophen verhindern. Ein EU-weiter Verteilungsschlüssel bleibt dabei eine wichtige Zielperspektive.

Gleichwohl sollten auch alternative Wege ausgetestet werden – etwa die Zusammenarbeit nur eines Teils der EU-Staaten bei der Verteilung von Geflüchteten oder auch ein stärkeres eigenständiges Engagement von Städten in der Migrationspolitik, wie es viele Kommunen in ganz Europa anstreben bzw. in Ansätzen bereits praktizieren. Man denke dabei zum Beispiel an das 2019 gegründete Bündnis „Städte Sicherer Häfen“, das

inzwischen auch europaweit aktiv ist (Bündnis Städte Sicherer Häfen 2022), oder auch die Vernetzungsplattform „Moving Cities“ für den europaweiten Austausch über lokale Ansätze in der Migrationspolitik (Moving Cities 2022). Darüber hinaus gilt es, die Potenziale in der Zivilgesellschaft zu heben und engagierte Akteur:innen an der Schnittstelle zwischen Politik und Alltag zu unterstützen. Ein gelungenes Beispiel ist das Projekt „Neustart im Team (NeST)“ (Neustart im Team 2022), bei dem Engagierte als Mentor:innen die Ankunft und das Einleben von Geflüchteten aus dem UNHCR-Resettlement-Programm begleiten – angefangen bei der Bereitstellung von Wohnraum über Behördengänge bis hin zur Suche von Arbeit und Hilfe bei der Eingliederung von Kindern in der Schule. Weiter sind kommunale Netzwerke zu nennen, die sich um die lokale Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Vielfalt bemühen, wie etwa das Projekt „Weltoffene Kommune“ (Weltoffene Kommune 2022) oder auf Landkreisebene das Programm „Land.Zuhause.Zukunft – Integration und Teilhabe von Neuzuwanderern in ländlichen Räumen“ (Land.Zuhause.Zukunft 2022). Solche Initiativen vor Ort können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass einerseits geflüchtete Menschen eine Perspektive für ihr Leben erhalten und andererseits die Integration der Geflüchteten und das Zusammenleben mit der lokalen Bevölkerung in Deutschland konstruktiv verlaufen.

3 Integration und Zusammenleben in Vielfalt gerecht gestalten

Bei der Integration sollte neben dem Blick auf die Kompetenzen der Migrant:innen, wie deren Bildung und Sprachkenntnisse, der Fokus künftig noch stärker auch auf strukturelle Benachteiligungen und Diskriminierung – beispielsweise in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt oder dem Wohnungsmarkt – gelegt und entsprechend gegengesteuert werden, ggf. auch mittels neuer gesetzlicher Antidiskriminierungsregelungen. Die Repräsentanz von Migrant:innen in gesellschaft-

lichen Schlüsselbereichen, wie Politik, Behörden, Polizei und Bildungsinstitutionen, sollte kritisch beleuchtet und mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation (z. B. rechtliche Regelungen ähnlich wie bei der Geschlechtergleichstellung) sollten geprüft werden.

Zudem sollten Fragen der Anerkennung und Wertschätzung wichtig genommen und symbolische Gesten im Zusammenleben nicht unterschätzt werden. Man denke hier zum Beispiel an die Gestaltung von Einbürgerungsfeiern, aber auch an Bemühungen um eine gemeinsame Erinnerungskultur, wie sie im geplanten Migrationsmuseum „Haus der Einwanderungsgesellschaft“ in Köln oder auch in den Überlegungen zu einem möglichen Denkmal für die „Gastarbeiter:innen“ in Berlin-Kreuzberg zum Ausdruck kommen. Solche Projekte, die ein inklusives kollektives Selbstverständnis fördern und den gesellschaftlichen Beitrag von Migrant:innen würdigen, bilden – neben der Verwirklichung von Chancengleichheit und dem Abbau von Diskriminierung – ebenfalls einen wichtigen Aspekt eines gerechten und teilhabeorientierten Zusammenlebens in Vielfalt.

Anhang

Studiendesign

Studiensteckbrief Willkommenskultur 2021

 <p>Befragungsgebiet Bundesrepublik Deutschland</p>	 <p>Grundgesamtheit Deutschsprachige Bevölkerung in Privathaushalten ab 14 Jahren</p>	 <p>Stichprobe 2.013 Interviews</p>
 <p>Methode Telefonische Interviews (Mehrthemenumfrage)</p>	 <p>Erhebungstermin 3. bis 10. November 2021</p>	 <p>Vergleichsstudien Juli 2011 Oktober 2012 Januar 2015 Januar 2017 April 2019</p>

Methodischer Hinweis: Da die dargestellten Anteilswerte auf ganze Zahlen gerundet sind, kann es vorkommen, dass sie sich nicht zu 100 Prozent aufsummieren. 2 Aus demselben Grund können durch Addition zusammengefasste Kategorien (z.B. „Top-Two-Werte“ wie: „sehr zufrieden“ + „eher zufrieden“) von der Summe der dargestellten Einzelkategorien abweichen. Bei Fragen mit mehreren möglichen Antwortoptionen können die aufaddierten Nennungen 100 Prozent überschreiten. | BertelsmannStiftung

Literatur

Bertelsmann Stiftung (2012a). „Willkommenskultur in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland“. Gütersloh. www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/28_Einwanderung_und_Vielfalt/Emnid_Willkommenskultur.pdf (letzter Zugriff 17.1.2022).

Bertelsmann Stiftung (2012b). „Zukunft zählt, nicht Herkunft. Empfehlungen für Integration aus dem ‚Jungen Forum – Generation Zukunft‘“. Gütersloh. www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/zukunft-zaehlt-nicht-herkunft (letzter Zugriff: 2.2.2022).

Bertelsmann Stiftung (2015). „Willkommenskultur in Deutschland. Entwicklungen und Herausforderungen“. Gütersloh. www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/willkommenskultur-in-deutschland-entwicklungen-und-herausforderungen/ (letzter Zugriff 17.1.2022).

Bertelsmann Stiftung (2017). „Willkommenskultur im Stresstest. Einstellungen in der Bevölkerung 2017 und Entwicklungen und Trends seit 2011/2012“. Gütersloh. www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/willkommenskultur-im-stresstest/ (letzter Zugriff 17.1.2022).

Bertelsmann Stiftung (2019). „Willkommenskultur zwischen Skepsis und Pragmatik. Deutschland nach der ‚Fluchtkrise‘“. Gütersloh. www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/willkommenskultur-zwischen-skepsis-und-pragmatik/ (letzter Zugriff 17.1.2022).

Bündnis Städte Sicherer Häfen (2022). „Das Bündnis“. <https://staedte-sicherer-haefen.de/#buendnis> (letzter Zugriff 17.1.2022).

Europäische Union/Rat für Justiz und Inneres (2004). „Gemeinsame Grundprinzipien für die Politik der Integration von Einwanderern in der EU“. Brüssel. www.eesc.europa.eu/sites/default/files/resources/docs/gemeinsame-grundprinzipien_de.pdf (letzter Zugriff 13.1.2022).

Heckmann, Friedrich (2012). „Willkommenskultur was ist das, und wie kann sie entstehen und entwickelt werden?“. efms paper 7/2012. www.efms.uni-bamberg.de/pdf/efms%20paper%202012_7.pdf (letzter Zugriff 17.1.2022).

Klose, Alexander, und Doris Liebscher (2015). *Antidiskriminierungspolitik in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Stand, Defizite, Empfehlungen*. Gütersloh. www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/28_Einwanderung_und_Vielfalt/Studie_IB_Antidiskriminierungspolitik_in_der_deutschen_Einwanderungsgesellschaft_2015.pdf (letzter Zugriff 13.1.2022).

Land.Zuhause.Zukunft (2022). Homepage: www.land-zuhause-zukunft.de/ (letzter Zugriff 18.1.2022).

Mediendienst Integration (2022). „Corona-Pandemie und Migration“. Januar 2022. <https://mediendienst-integration.de/migration/corona-pandemie.html#c2917> (letzter Zugriff 17.1.2022).

Moving Cities (2022). „Über uns“. <https://moving-cities.eu/de/ueber-uns> (letzter Zugriff 17.1.2022).

Neustart im Team (NesT) (2022). Homepage: www.neustartimteam.de/ (letzter Zugriff 17.1.2022).

Weltoffene Kommune (2022). Homepage: www.weltoffene-kommune.de/ (letzter Zugriff 18.1.2022).

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Orkan Kösemen
Senior Project Manager
Bertelsmann Stiftung
Telefon +49 5241 81-81429
Fax +49 5241 81-681429
orkan.koesemen@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Ulrike Wieland
Project Manager
Bertelsmann Stiftung
Telefon +49 5241 81-81398
Fax +49 5241 81-81999
ulrike.wieland@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de